

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Dänkeff 4196/4195



Redaktion für Berlin und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Dönhofsplatz, Post 8
Druckverlag: Cepelin

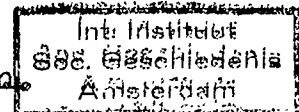
Die Erfüllung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdringung bedarf 4 Wochen vor dem Druckantrag, wenn nicht anderes vereinbart ist. Gebührenfrei für alle Fälle in Berlin.

Berlin, den 10. Januar 1930

Fürchterliches Erwachen.

Millionen Russen darben und hungern.



SPD. Die Fanfarentöne, von denen das Gesetz über die Kollektivierung der russischen Landwirtschaft, des grössten Experiments, das die Weltgeschichte je erlebt hat, im "Sowjet-Paradies" begleitet war, sind verstummt. Übriggeblieben ist der erbarmungslose Kampf, die brutale Ausrottung des Kulaken.

Allgemein stellt man sich auch in Deutschland den Kulaken als einen Grossbauern vor, mit Gehöft, modernen Stallungen und reichem Viehbestand. In Wirklichkeit aber ist dieser Kulak von heute ein mit zahlreicher Familie in primitiven Holzhäusern hausender russischer Bauer, der höchstens 1 Pferd, 2 Kühe, sein eigen nennt. Das ist der Kulak, gegen den heute der Kampf der Sowjet-Bürokratie tobt, der sich weigert, die geringe Habe in ein Kollektiv einzubringen, weil er nicht nur für Tagelöhner, die ihren kargen Lohn in Wodka umsetzen, arbeiten will. Tausende von Kulaken haben diesen Kampf bereits mit ihrem Leben bezahlen müssen, und obwohl Kalinin und Rykow im Vorjahre der russischen Kommunistischen Partei ein "Genug" zugerufen haben, wird diesen Kulaken nach wie vor Inventar und Hausrat genommen, werden sie von Haus und Hof verjagt. Darüber schrieb dieser Tage ein Moskauer Blatt: "Für den Kulak ist kein Platz im Kollektiv, er ist zum Tode verurteilt." Es ist buchstäblich so. Im Vernichteten waren die Bolschewiken immer gross. Aber noch nie haben sich die Vernichtungsmethoden in Sowjetrussland so bitter und so schnell gerächt, wie dieser unnehmschliche Terror gegen die bäuerliche Bevölkerung.

Neuerdings sollen die Staatsgüter und die Kollektive das aufbringen, was bisher den individuellen Bauern abgepresst worden ist. Bisher betrug die Produktion der Staatsgüter und Kollektivwirtschaften 2,1 Millionen Tonnen oder 15 % des ganzen Getreidebedarfs. In diesem Jahre sollen sie nicht weniger als 50 %, d.h. fast 7 Millionen Tonnen aufbringen. Richtig ist zweifellos, dass die Zahl der Kollektive in den letzten Monaten gewachsen ist. Die sich darauf stützenden Berechnungen der Sowjetinstanzen sind jedoch - wie so oft - wiederum falsch. Die Bauern gingen freiwillig in die Kollektive, weil sie jedes Interesse an der Erhaltung ihres spärlichen Besitzes verloren hatten und sie ihr Vieh nicht weiter auffüttern wollten für den Staat, der den Moment bestimmen wollte, in dem der bäuerliche Besitz in die Kollektivwirtschaften eingebracht werden muss. Und was tat der Bauer? Er hat sein Pferd verkauft, hat die Schweine geschlachtet und das neugeborene Kalb nicht aufgezogen sondern als Fleisch auf den Markt gebracht. Dann ging oder geht er in das Kollektiv. So wächst die Anzahl der Kollektive, aber gleichzeitig steigt die Hungersnot der Bevölkerung. Einem vorübergehenden grösseren Angebot an Fleisch folgt jetzt der Schrecken. Die Fleischzufuhr hört mehr und mehr auf. Das Gleiche gilt von der Milch und allen sonstigen Molkereiprodukten. Die Folge ist, dass der Bezug von Lebens- und Bedarfsmitteln in Russland seit Monaten nur mit Karten möglich ist. Aber nicht etwa so wie in der schlimmsten Kriegszeit bei uns.

Lebensmittelkarten werden nur an die Mitglieder der Gewerkschaften ausgegeben. Wer ihnen nicht angehört, interessiert den bolschewistischen Staat nicht, der erhält keine Lebensmittelkarten, der muss sich seine Lebensmittel auf irgend eine Art selbst beschaffen oder kann verhungern. In welcher Lage sich diese Menschen befinden, ergibt sich daraus, dass nicht einmal für die Karteninhaber genügend Nahrungsmittel vorhanden sind. Beispielsweise ist das Fleisch auf 100 Gramm rationiert, Eier und Milch sind nur auf Karten für Kinder bis zu 8 Jahren erhältlich, Butter gibt es nur 300 Gramm im ganzen Monat! Schmalz und Speck sind überhaupt kaum noch vorhanden.

Das ist der gigantische Erfolg der Kollektivierungsmassnahmen der bolschewistischen Regierung: Das Schreckgespenst des Hungers. Aus dem Traum der ständig steigenden Kollektivwirtschaften gibt es ein fürchterliches Erwachen. Gewiss, die Kollektive sind da, aber es fehlen Traktoren für die Bearbeitung, es fehlen Stallungen für das Vieh, es fehlen die notwendigsten Nahrungsmittel für die Bevölkerung. Angesichts dieser Situation beschloss man, 25 000 ungerne Arbeiter aus den hauptsächlichsten Industriebezirken in die Kollektivbetriebe zu schicken, um der drohenden Hungersnot wenigstens etwas Einhalt zu gebieten. Was wird es schon nutzen? Nur wenig Monate trennen die Sowjetregierung noch von der fürchterlichen Wahrheit, dass eine allgemeine Hungersnot wieder ihren Einzug gehalten hat. Daran wird kein Terror, keine Zensur etwas ändern.

SPD. Amman, im Januar (Eig. Bericht)

Dem Ausbruch von kriegerischen Zusammenstossen zwischen den Beduinestämmen im Grenzgebiet von Transjordanien und des Nedschd kommt trotz der offiziösen Nachrichten, die jene Zwischenfälle als die üblichen harmlosen Stammesstreitigkeiten darzustellen suchen, im Zusammenhang mit der augenblicklich in der arabischen Welt herrschenden Stimmung eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung zu.

Während die bisherigen Zwischenfälle im Gebiet von Kadat ul Midauwara darauf zurückzuführen waren, dass nedschdische Stämme angegriffen worden sind, ist in den letzten Wochen eine Bewegung in der umgekehrten Richtung festzustellen, die Hand in Hand mit einer intensiven und grossangelegten Propaganda zu Gunsten Ibn Sauds in Transjordanien und im Irak geht. Auf diese Einflüsse ist das Erstarren der Opposition in Transjordanien gegen Emir Abdallah und im Irak gegen König Fausal zurückzuführen. Alle Anzeichen weisen darauf hin, dass Ibn Saud eifrig dabei ist, die panarabische Bewegung für seine Sonderzwecke einzuspannen und mit grossem Geschick darauf hinarbeitet, die bisherigen Träger des Panarabismus, seine alten Feinde von der haschimitischen Dynastie, aus ihrer Position herauszumanövrieren und sie zu Verrätern an der arabischen Sache zu stempeln.

Im Gegensatz zu der Beunruhigung, die über diese neue Phase der Middle East Politik in englischen Kreisen herrscht, steht man französischerseits der Bewegung mit gemischten Gefühlen gegenüber. Während die französischen Mandatsbehörden in Syrien zur Zeit mit dem Vertrauensmann Ibn Sauds freundschaftlich über die Frage der Hedschasbahn unterhandeln, stehen sie den innerpolitischen Wirkungen der panarabischen Solidaritätspropaganda auf Syrien ablehnend gegenüber. Das Oberkommissariat hat neuerdings die Abhaltung von Gedächtnisfeiern für den durch Selbstmord umgekommenen irakischen Ministerpräsidenten Saadun Beg verboten, der z.Zt. im ganzen Mittleren Osten als arabisches Opfer des europäischen Imperialismus gefeiert wird.

Ibn Saud braucht für seine erhöhte Aktivität ausserhalb Arabiens Rücken- deckung auf der Halbinsel selbst. Er hat sich deshalb genötigt gesehen, Sicherung vor einem etwaigen Überfall seines alten Rivalen König Yahia von Yemen zu suchen. Eine willkommene Gelegenheit zu einer solchen Verständigung hat die

gegenwärtige Pilgersaison geboten, an deren ruhigen Verlauf beide Teile in hohem Masse wirtschaftlich interessiert sind. Zu diesem Zweck ist zwischen ihnen für diese Zeit ein inoffizieller Waffenstillstand in Form eines Gottesfriedens abgeschlossen worden. Gerüchte aus dem Innern Arabiens wollen wissen, dass bei der Vermittlung dieser überraschenden Annäherung die mohammedanisch-tatarische Gesandtschaft eine hervorragende Rolle gespielt hat, die Russland seit kurzem ständig in Arabien unterhält.

Die Spannung im Mittleren Osten ist unter der Einwirkung aller an Veränderungen des status quo interessierten Faktoren wieder einmal so stark wie selbigen nicht und es hat den Anschein als ob sich imFrühjahr der Druck des dauernd unter Dampf befindlichen Kessels nicht verringern sondern bedrohlich weiter steigern wird.

SPD. Der Strafrechtsausschuss des Reichstags verabschiedete am Freitag den § 6 des Republikenschutzgesetzes in folgender Fassung :

"Mit Gefängnis nicht unter drei Monaten, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung

1) die verfassungsmässig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht oder dadurch herabwürdigt, dass er den Reichspräsidenten oder ein Mitglied der Reich- oder einer Landesregierung beschimpft oder verleumdet;

2) die Reichs- oder Landesfarben beschimpft oder böswillig und mit Überlegung verächtlich macht;

3) einen verstorbenen Reichspräsidenten oder ein verstorbenes Mitglied der Reichsregierung oder einer Landesregierung beschimpft oder verleumdet;

4) zu Gewalttätigkeiten gegen andere wegen ihrer politischen Betätigung oder zu Gewalttätigkeiten der im § 4 Abs. 1 bezeichneten Art auffordert oder eine solche Gewalttätigkeit, nachdem sie begangen worden ist, oder einen Hochverrat (§§ 81 bis 86 des Strafgesetzbuches), der gegen die verfassungsmässig festgestellte republikanische Staatsform des Reichs oder eines Landes begangen worden ist, verherrlicht oder ausdrücklich billigt.

Sind mildernde Umstände vorhanden, so ist die Strafe Gefängnis, neben dem auf Geldstrafe erkannt werden kann."

Die Paragraphen 7 und 8 wurden nach kurzer Debatte in folgender Fassung angenommen :

"§ 7 "Die Verurteilung zu Zuchthaus wegen Hochverrats oder wegen eines Verbrechens nach § 1 Abs. II dieses Gesetzes hat ausser dem in § 31 des Strafgesetzbuches genannten Folgen den Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte von rechtswegen zur Folge.

Wird wegen Hochverrats oder wegen einer der in den §§ 1 bis 6 dieses Gesetzes bezeichneten Handlungen auf Gefängnis erkannt, so kann zugleich auf Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter oder bei Soldaten auf Lösung des Dienstverhältnisses erkannt werden. Soweit nach anderen Vorschriften auf Verlust der aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Rechte erkannt werden kann, behält es dabei sein Bewenden".

"§ 8": "Deutsche und Ausländer können wegen der in den §§ 1 bis 6 bezeichneten Handlungen auch dann verfolgt werden, wenn diese Taten im Auslande begangen sind".

Weiterberatung Sonnabend.

SPD. Riga, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Sowjetrussland verhandelt z.Zt. mit der lettischen Regierung zwecks Einfuhr von 30 - 40 000 to Roggen nach Lettland. Ausserdem steht die Sowjet-Regierung, wie wir zuverlässig erfahren, mit anderen Regierungen in ähnlichen Verhandlungen. Sie beabsichtigt in den nächsten beiden Monaten rund 100 000 to Roggen ins Ausland auszuführen, um die in den einzelnen Ländern fälligen Wechsel in Höhe von annähernd 17 Millionen Mark einlösen zu können. Der Schiffsraum für die Auslandstransporte ist zum Teil bereits gechartert.

Die Roggen-Ausfuhr wird erfolgen, trotzdem ein Teil des russischen Volkes schon heute hungert und der eigentliche Brotbedarf der russischen Bevölkerung schon seit Monaten nicht gedeckt werden kann.

SPD. Seit etwa fünf Jahren wehrt sich der Herausgeber der "Menschheit", der vor kurzem aus der Deutschen Friedensgesellschaft ausgeschlossene Pazifist Fritz Röttcher, gegen die Unterstellung, dass die "Menschheit" von französischer Seite subventioniert werde. In einem Prozess gegen die Saarbrücker Zeitung, den Röttcher wegen dieser Unterstellung geführt hat, sagte ein Zeuge u.a. aus, dass er aus dem Mund eines Beigeordneten des Vorsitzenden der Interalliierten Rheinlandkommission Tirard gehört habe, Professor Förster oder die "Menschheit" seien für Frankreich die 50 000 Franken wert, die sie jährlich von Frankreich erhielten. Da Professor Förster in dieser Sache als Zeuge in Paris eidlich bekundet hat, dass er weder für sich noch für die "Menschheit" von französischer Seite jemals einen Betrag erhalten hat, blieb für das Saarbrücker Gericht nur die Annahme übrig, dass die Subventionen von 50 000 Franken direkt an die "Menschheit" geflossen sind.

In der am 12. Januar erscheinenden Nummer der "Menschheit" richtet nun Fritz Röttcher an die Öffentlichkeit eine Erklärung, in der er u.a. folgendes sagt: Seit eineinhalb Jahren weiss ich, dass ein solcher Betrag von einer pazifistischen französischen Seite an eine Persönlichkeit der Deutschen Friedensgesellschaft, zeitweilig Redakteur der "Menschheit", heutiger Mitarbeiter des "Anderen Deutschland" bezahlt wurde. Ich habe verlangt, dass der Betreffende das Saarbrücker Gericht informiert, es geschah nichts. Darauf habe ich mich vertraulich an das Präsidium der Deutschen Friedensgesellschaft gewandt mit der Bitte, diese Angelegenheit im Friedensausschuss der Deutschen Friedensgesellschaft zu behandeln. Dabei legte ich dem Präsidium eine mir zur Verfügung gestellte Erklärung einer über die Sachlage informierten Persönlichkeit bei, die jederzeit bereit ist, sie vor Gericht unter Eid zu wiederholen. In dieser Erklärung wird gesagt:

"Im Jahre 1924/25 hat Professor Förster von französischer Seite 50 000 Franken erbeten. Der Betrag wurde an Herrn ausgezahlt und von ihm an deutsche pazifistische Kreise verteilt. Die "Menschheit" bzw. Herr Röttcher hat von diesem Betrag nichts erhalten. (Der betreffende Herr war damals nicht Redakteur der "Menschheit"). Teilbeträge wurden über ein Konto geleitet, das meinen Namen trug, für das Herr im Besitz der Vollmacht war. Aus tschechischen Kreisen sind ebenfalls an Herrn weit höhere Beträge geflossen. Auch diese Beiträge wurden an pazifistische Kreise verteilt. Die "Menschheit" bzw. Herr Röttcher haben von diesen Beträgen nichts erhalten, dagegen "Das andere Deutschland"."

Durch diese Erklärung wird die Zeugenaussage des Professor Förster in dem Saarbrücker Prozess in ein mehr als merkwürdiges Licht gesetzt. Aus der Erklärung geht hervor, dass die deutsche Friedensbewegung von französischen und tschechischen Kreisen finanziell unterstützt worden ist. Die Deutsche Friedensgesellschaft wird nicht umhin können, sich zu dieser Erklärung in der breitesten Öffentlichkeit zu äussern.

SPD. Warschau, 10. Januar (Eig. Drahtb)

Die Entdeckung einer in Polen bestehenden Bespitzelung der Telefongespräche, die nunmehr offiziell bestätigt wird, scheint immer weitere Kreise zu ziehen. Die Staatsanwaltschaft hat inzwischen einen gewissen Seimfeld von der Agentur des "Ostdienst" verhaftet, der sich mit der Herausgabe von geheimen politischen Bulletins befasst, in denen auch das streng vertrauliche Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten Barthel und dem damals auf seinem Landsitz weilenden Staatspräsidenten veröffentlicht wurde. Seimfeld steht in engen Beziehungen zu der sogenannten obersten Gruppe des Regierungsblocks, die Barthel wegen seiner demokratischen Gesinnung nicht wohlgesinnt ist.

Die Untersuchung der Angelegenheit ist vorläufig noch nicht abgeschlossen. In oppositionellen Kreisen hofft man, dass die telefonische Abhörung, die seit dem Maiumsturz zu einer direkten Landplage geworden ist, nunmehr endlich ihr Ende finden wird.

SPD. Die Freitag-Sitzung des Raiffeisen-Ausschusses begann mit einer neuer Feststellung, die für den alten Vorstand höchst peinlich ist. Die Zeugen Seelmann und Schwarz hatten am Donnerstag behauptet, dass Direktor Lieber der Aufsichtsratssitzung vom 10. September 1925 einen Revisionsbericht über die Uralzeffschen Lager gegeben habe, wonach alles vorhanden sei. Das Protokoll dieser Aufsichtsratssitzung wird zu Beginn der Sitzung vom Stellvertretenden Vorsitzenden Leinert verlesen und ergibt das Gegenteil. Laut Protokoll hat Lieber auch hier erklärt, dass er die Uralzeffschen Angaben über den Wert der Chemikalien nicht habe nachprüfen können. Es handle sich aber offenbar um alte Kriegsware, die wenig wert sei! Zeuge Direktor Schwarz sucht auch hier Erklärungen abzugeben. Der Vorsitzende Leinert stellt jedoch fest, dass er im wesentlichen nur die Angaben Liebers bestätige. Auch die deutschnationalen Mitglieder des Untersuchungsausschusses äusserten ihre lebhafteste Entrüstung über das Verhalten des Vorstandes, der vom Februar bis September 1925 nichts getan hat, um die Ergebnisse der Revision aufzuklären und zu vervollständigen.

Dann wird der Zeuge Uralzeff weiter vernommen. Von Interesse ist insbesondere die Sache des ominösen Schmuckkästleins, das für 750 000 Mark Juwelen enthalten sollte, aber bei seiner späteren Öffnung nur für 15 000 Mark enthielt. Die Direktoren Schwarz und Dr. Lange bestätigen die Behauptung Uralzeffs, dass bei der Hereinnahme als Pfand das Schmuckkästlein ausser Schmuck auch lose Steine enthalten habe. Als jedoch im Oktober 1925 das Depot revidiert wurde, fanden sich nur die gefassten Schmuckstücke von verhältnismässig geringem Wert, während die losen Steine fehlten, die nach Uralzeffs Behauptung besonders kostbar sein sollten. Wer sich an dem Depot in der Zwischenzeit zuschaffen gemacht hat, kann trotz stundenlangen Verhörs nicht aufgeklärt werden.

Nunmehr geht der Ausschuss zu dem russischen Geschäft Uralzeffs über. Zeuge Uralzeff: "Ehe ich auf die Einzelheiten eingehe, muss ich den Herren erst erklären, wie ein russisches Geschäft zustande kommt. Wenn man mit Russland Geschäfte machen will, dann muss man (mit entsprechender Handbewegung) auf die Knöpfe drücken. (Grosse Heiterkeit) Ich will ganz offen sagen: Man muss mit Bestechung arbeiten, sonst kann keine Firma ein Geschäft zustande bringen." Berichterstatter Abg. Kuttner (Soz): "Hat die Raiffeisenbank gewusst, dass Sie mit Bestechung arbeiteten?" Uralzeff: "O ja, ich habe es den Herren ja oft genug gesagt." Die Direktoren Dr. Lange und Schwarz bestätigen dies. Berichterstatter Kuttner (Soz): "Haben Sie nicht besonders damit ronomiert, dass Sie den Schwager Rykows kennen?" Uralzeff: "Der Schwager Rykows ist ein gewisser Marschak. Der sass in der russischen Handelsdelegation und war mir gut bekannt. Er ist aber ein sehr hochanständiger Mensch - bis auf seine politische Gesinnung." (Grosse Heiterkeit). Uralzeff erklärt weiter: -

"Wenn man mit den Russen ein Geschäft machen will, so muss man den bestechen, der den Auftrat erteilt, den, der die Ware abnimmt, und noch ein paar andere. So machen es auch alle grossen Firmen." - Berichterstatter Kuttner (Soz): "Es wird Ihnen nun vorgeworfen, dass Sie die Raiffeisenbank stets getröstet haben mit 5 Millionen Mark, die Sie von der russischen Handelsdelegation in Paris erhalten sollten. Sie haben auch Bescheinigungen darüber vorgewiesen. Diese sollen aber gefälscht gewesen sein." - Uralzeff: "Meine Geschäfte mit Russland waren illegal. Russland hat bekanntlich ein Aussenhandelsmonopol. Meine Geschäfte wurden aber unter Umgehung dieses Aussenhandelsmonopols getätigt. Für die Handelsdelegation war die Zahlung besonders delikats, weil der Charakter des Geschäftes nicht in den Büchern der Handelsdelegation erscheinen durfte. Als nun die Raiffeisenbank den Herrn Direktor Huguenin nach Paris schickte und dieser der Handelsdelegation schlankweg meine Zertifikate vorlegte, da musste die Handelsdelegation mich verleugnen und erklären, dass sie mit mir nichts zu tun hätte."

Der Berichterstatter verliest den Bericht Huguenins über seine Pariser Reise. Aus ihm geht hervor, dass der Vorsteher der russischen Handelsdelegation in Paris Lomenew kategorisch erklärt, weder von Uralzeff noch von der Orion-A.G., noch von irgend welchen Geschäften mit beiden etwas zu wissen. Was die angeblichen Schuldurkunden betreffe, so existiere von den beiden Unterzeichnern der eine überhaupt nicht, das andere sei die Unterschrift einer untergeordneten Sekretärin, die nichts selbständig veranlassen könne. - Uralzeff: "Die russische Handelsdelegation hat mich absichtlich verleugnet. Die Pariser politische Polizei hat mich auf Veranlassung der russischen Handelsdelegation wochenlang verfolgt." - Abg. Schulz-Neukölln: "Das glauben Sie?!" - Uralzeff: "Die Sowjet-Russen bekommen noch ganz andere Sachen fertig." (Heiterkeit). - Berichterstatter Kuttner (Soz): "Ihr russisches Geschäft war nicht legal. Ihr amerikanisches Geschäft war auch nicht ganz legal?" - Uralzeff: "Nein, es war nicht legal. Es handelte sich um Spriteinfuhr nach U.S.A." - Berichterstatter Kuttner: "So das mit dem Geld der Raiffeisenbank hüben und drüben abenteuerliche Schmugglergeschäfte finanziert wurden!" - Uralzeff: "Da muss ich die Raiffeisenbank in Schutz nehmen. Wie ich das Geld verwenden wollte, habe ich ihr nicht gesagt."

Im weiteren Verhör Uralzeffs kommt es zwischen diesem und dem Abg. Schulz-Neukölln (Komm) zu einigen Zusammenstössen, weil Uralzeff auf die Frage, warum er in Russland zum Tode verurteilt worden sei, die Antwort verweigert. Ebenso verweigert Uralzeff die Antwort auf die Frage, wer ihm die Reise Huguenins nach Paris verraten habe, nachdem er sich vorher dahin verplappert hat, dass er durch einen Angestellten der Raiffeisenbank davon erfahren habe. Der Ausschuss nimmt zu diesen Dingen in nicht öffentlicher Sitzung Stellung. - Weiterverhandlung Sonnabend.

SPD. Paris, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Der französische Aussenminister Briand ist am Freitag abend in Paris eingetroffen. Er wird bis zum Sonntag hier bleiben und sich dann zur Völkerbundstagung nach Genf begeben.

Die Tatsache, dass Briand sich bisher im Haag im Hintergrund gehalten und die Initiative bei den Verhandlungen zum grössten Teil Tardieu überlassen hat, gibt den Pariser politischen Kreisen zu lebhaften Kommentaren Anlass. Man nimmt an, dass Briands Taktik wohl in erster Linie aus innerpolitischen Gründen diktiert ist. Eine neue aussenpolitische Aktion grossen Stiles dagegen dürfte der französische Aussenminister für Genf planen, wo er die Anwesenheit einer Reihe von Aussenministern dazu benutzen will, den Plan des europäischen Zusammenschlusses wieder aufzurollen.

Die September-Tagung des Völkerbundes hatte Briand beauftragt, einen Frage

bogen zu dem Problem des europäischen Zusammenschlusses auszuarbeiten, der dann den einzelnen Mächten zur Beantwortung vorgelegt werden sollte. Der politische Direktor im Quai d'Orsay und ehemalige Kabinettschef Briands, Legère, hatte diesen Fragebogen ausgearbeitet, doch scheinen später unerwartete Schwierigkeiten aufgetaucht zu sein, sodass der Quai d'Orsay anstelle des Fragebogens vermutlich ein Memorandum an die Mächte vorbereiten wird, Dieses Memorandum über die europäische Vereinigung dürfte aber wahrscheinlich nicht sofort in Genf überreicht werden, sondern erst nach vorheriger persönlicher Fühlungnahme Briands über das Problem der Reorganisation Europas mit den in Genf anwesenden Staatsmännern.

SPD. Rotterdam, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Das deutsche Seeschiff "Ilse Reichel" stieß in der Nacht zum Freitag bei der Einfahrt in Rotterdam mit dem von zwei Motorbooten ins Schlepptau genommenen Plattschiff "Ada" zusammen. Während das deutsche Schiff nur geringen Schaden erlitt, sank die "Ada" in kurzer Zeit. Der Kapitän ertrank.

SPD. Paris, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Die französische Kriminalpolizei hat ihre Aktivität in den letzten Tagen insbesondere auf das zweite, an der französischen Riviera angeblich entdeckte Komplott italienischer Anarchisten verlegt. Was an dieser neuentdeckten Geschichte wahr, und was wiederum erfunden ist, lässt sich vorerst nicht sagen.

Vorläufig ist es wieder die "Liberté", die in sensationeller Aufmachung mitteilt, dass "auch" die Riviera-Verschwörer ein Attentat gegen das italienische Kronprinzenpaar geplant haben. Der verhaftete Emigrant Mastrodonato soll im Polizeiverhör gestanden haben, dass er mit den Brüdern Puddu gemeinsam beauftragt worden sei, die notwendigen Explosivstoffe zu verschaffen und an einen gewissen Paolo weiterzuleiten, der das Attentat anlässlich der Prinzenhochzeit in Rom durchführen sollte. Am seltsamsten mutet an diesem phantastischen Geständnis an, dass Mastrodonato, dessen Name ebenso befremdlich klingt wie die ganze Affäre, behauptet, die Verschwörung sei mit Wissen und mit aktiver Unterstützung der italienischen Sektion der Liga für Menschenrechte unternommen worden.

SPD. Die evangelischen Kirchenbehörden spielen wieder einmal Entrüstung, weil der von Preussen in Aussicht gestellte Kirchenvertrag noch nicht unter Dach und Fach ist. Wir hätten keine Veranlassung, uns damit zu befassen, wenn diese Entrüstung nicht ohne jeden Grund gemint wäre und deshalb äusserst sonderbar anmutet.

Wie liegen denn die Dinge? In den letzten Monaten und insbesondere in den letzten Tagen ist von preussischer Seite mit den zuständigen Kirchenbehörden wiederholt und intensiv über die Gestaltung des von Preussen zugesicherten Vertrages verhandelt worden. Die beiden Parteien sind sich inzwischen soweit näher gekommen, dass sich die preussische Regierung schon demnächst mit den Grundzügen des Vertrages befassen kann. Warum also die ewigen Entrüstungserklärungen von evangelischer Seite? Glaubt man wirklich, dass die Verhandlungen mit derartigen Veröffentlichungen gefördert werden oder sich die preussische Regierung durch sie gar unter Druck setzen lässt?

Die preussische Regierung hat sich bereit erklärt, auch mit der evangelischen Kirche einen Vertrag nach dem Muster des Konkordats einzugehen. Sie

steht zu diesem Versprechen. Wann und wie es eingelöst werden kann, hängt letzten Endes von dem Entgegenkommen der evangelischen Kirchenbehörden ab. Mit Zweckmeldungen und künstlicher Entrüstung wird nichts erreicht!

SPD. Genf, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Kohlenkommission fasste am Freitag eine für die Angestelltenschaft des Bergbaues bedauerliche Entscheidung.

Die französische Regierung beantragte alle unter Tage beschäftigten Angestellten, wie Steiger, Werkmeister usw. vom Genuss der Arbeitszeitregelung auszuschliessen. Der Antrag wurde von den Arbeitnehmern und von dem Vertreter der deutschen Regierung scharf bekämpft. Peters vom Afa-Bund trat für einen Abänderungsantrag der Arbeitnehmergruppe ein, der die Angestelltenschaft in weitgehendem Masse in das eventuelle Abkommen einbezieht. Trotzdem wurde der französische Verschlechterungsantrag mit 15 gegen 12 Stimmen angenommen. Gegen ihn stimmten ausser den Arbeitnehmern nur wenige Regierungen, darunter die deutsche. Polen versuchte das ganze Abkommen dadurch zu Fall zu bringen, dass es beantragte, seine Geltung auf den gesamten Bergbau, auch auf die Kali- und Erzgruben auszudehnen, womit automatisch jede Besserstellung des Untertagearbeiters im Kohlenbergbau und jede Beziehung des Abkommens zu der erstrebten internationalen Kohlenverständigung fortgefallen wäre. Gegen die drei Stimmen der polnischen Regierung, des polnischen Arbeitgebers und des polnischen Arbeitnehmers wurde aber dieser Antrag zurückgewiesen. Dagegen gelangte einstimmig ein Antrag der deutschen Regierung zur Annahme, alle Arbeiter, die unter Tage beschäftigt sind, in die Arbeitszeitordnung einzubeziehen, auch wenn sie für andere Unternehmungen als die Grubendirektion arbeiten. Der Antrag bezweckt, auch den Arbeitern, die mit der Herstellung und Abteufung von Schächten beschäftigt werden, Arbeiten, die oft von Tiefbauunternehmen und nicht von den Gruben selbst ausgeführt werden, dieselben Rechte zu sichern, wie den Bergarbeitern.

Die Kommission trat schliesslich in die Behandlung der Arbeitszeitberechnung ein, bei der sich ausserordentliche Schwierigkeiten ergeben.

SPD. Warschau, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Delegationen der polnischen und der deutschen Getreidewirtschaft, die seit einigen Tagen in Warschau über die Organisation des Roggenexportes verhandeln, haben am Freitag gemeinsame Richtlinien aufgestellt. Die weiteren Verhandlungen hängen von der Reorganisierung des polnischen Roggenexports ab.

Die deutsche Delegation ist am Freitag nach Berlin zurückgekehrt und wird die Verhandlungen voraussichtlich Ende der nächsten Woche in Warschau wieder aufnehmen.

SPD. Die thüringische Rechtsregierung steht vor ihrer Vollendung. Es bestätigt sich, dass die Nationalsozialisten das Innenministerium übernehmen werden. Sie präsentieren für diesen Posten Herrn Dr. Frick aus München.

Die Nationalsozialistische Partei erklärt so oft als es nur von ihr verlangt wird, dass sie auf die Verfassung von heute pfeift. Ihre Redner versichern von der Tribüne des Reichstags herab, dass sie die politischen Führer der Mehrheit des deutschen Volkes aufzuhängen oder zu köpfen beabsichtigen, falls sie zur Macht gelangen. Ausgerechnet diese Partei des Hochverrats und der Morddrohung soll künftig in Thüringen das Polizeiministerium führen!

Wir nehmen selbstverständlich nicht an, dass der künftige führende Poli-

SPD. Der Berliner Magistrat verhandelte am Freitag über die Deckung des Nachtragsetats in Höhe von 70 Millionen Mark. Die von mehreren Berliner Zeitungen veröffentlichten Nachrichten, wonach eine abermalige Erhöhung der Energietarife und eine Beteiligung der Gewerkschaften bzw. Krankenkassen an den Berliner Energiebetrieben erwogen werden soll, treffen selbstverständlich nicht zu. Bürgermeister Scholz hat im übrigen bereits vor einigen Tagen ganz eindeutig einer abermaligen Erhöhung der Energietarife widersprochen.

Die gegenwärtigen Erwägungen des Berliner Magistrats gehen, wie der "Soz. Pressedienst" erfährt, dahin, die Gewerbe- und die Grundvermögenssteuer zu erhöhen. Die Möglichkeiten hierzu bestehen vorläufig jedoch nicht, da der Oberpräsident von Berlin und Brandenburg als Aufsichtsbehörde schon früher einer Erhöhung der Gewerbesteuer widersprochen hat. Die Lösung der Nachtragsskalamität wird aber ohne Erhöhung der beiden Steuern nicht möglich sein, weil die Steigerung der Grundvermögenssteuer allein die erforderlichen Mittel nicht aufbringt und die Stadt Berlin nach Auffassung sachverständiger Kreise unmöglich in ihrer gegenwärtigen Lage die Deckung des Nachtragsetats auf den neuen Etat übernehmen kann.

In einem Kommuniqué über die am Freitag erfolgten Besprechungen wird betont, dass eine Aenderung der Unterstützungsrichtsätze für den Monat Februar gegenüber dem Januar nicht in Frage komme. Im übrigen sei der Magistrat zu keinem positiven Beschluss gelangt.

SPD. London, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Minister für Arbeitsbeschaffung Thomas umriss am Freitag in einer grossen Rede vor der Handelskammer in Manchester seine Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Thomas betonte u.a., dass die Lösung der Probleme der Arbeitsbeschaffung ausserhalb des Rahmens der Parteipolitik gestellt werden müsse. Es sei ein Fehler in Uebertreibungen hinsichtlich der Grösse des Problems zu verfallen. Das Ausland erhalte dadurch den Eindruck, dass Grossbritannien als Nation völlig am Boden liege. Erst vor Wochen sei der Welt mitgeteilt worden, dass Grossbritannien heute eineinhalb Millionen Arbeitslose zähle. Aber die Hälfte schliesse Personen ein, die vor Monatsfrist noch gearbeitet hätten und die im Laufe des nächsten Monats wieder arbeiten würden. Auch die anderen Länder hätten unter der Arbeitslosigkeit zu leiden, insbesondere Amerika und Deutschland. Frankreich stelle eine Ausnahme dar. Aber Frankreich habe Methoden angewandt, um die Arbeitslosigkeit zu verhindern, zu der keine politische Partei in England ihre Zustimmung erteilen würde.

Thomas besprach dann die verschiedenen Methoden der Förderung der Wirtschaft und kündigte an, dass die Regierung in einer Reihe von Staaten die abgeschafften Posten der Handelsattachés wieder einführen und in anderen Ländern solche Posten neu schaffen bzw. verstärken werde. Ausserdem sei die Entsendung von Studienkommissionen geplant. Die Regierung könne aber nichts unternehmen, was der Selbsthilfe der Industrie an Bedeutung gleichkomme.

SPD. München, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Die unter Führung der DD-Bank in München geführten Verhandlungen zur Neuordnung der Beziehungen Henschel-Maffei und zur Sanierung der Firma Maffei sind soweit fortgeschritten, dass mit einem für beide Teile befriedigenden Abschluss gerechnet werden kann. Der Abschluss der Verhandlungen ist zwar erst in einigen Tagen zu erwarten, doch ist anzunehmen, dass die Aufrechterhaltung des Maffei-Betriebes einschliesslich der Lokomotivfabrikation in München gesichert ist. (Sicht Wirtschaftsteil.)

SPD. Paris, 10. Januar (Eig.Drahtb.)

Die Pariser Taxichauffeure haben den am Donnerstag angekündigten Generalstreik gegen die ihnen von der Stadtobrigade aufgezwungene Tarifierhöhung am Freitag durchgeführt. Die Streikparole ist von dem überwiegenden Teil der Chauffeure befolgt worden. Einer amtlichen Statistik zufolge sind aus 16 Garagen, die insgesamt etwa 7000 Taxis in Betrieb halten, nur 83 Wagen ausgefahren. Die Gesamtzahl der Streikenden dürfte etwa 20 000 betragen. Ihr Fernbleiben hat das Pariser Strassenbild stark beeinflusst.

SPD. Warschau, 10. Januar (Eig.Drahtb.)

Die Regierung Barthel unterbreitete dem Sejm am Freitag ihr Programm. Als wichtigste Aufgabe bezeichnete Ministerpräsident Barthel die Aenderung der Verfassung in der Richtung einer Stärkung der Exekutivgewalt.

Ausführlich wird in der Regierungserklärung vor allem die Wirtschaftslage Polens dargestellt, die sehr schlecht sei. Vor allem hätten Landwirtschaft, Textilindustrie und die Lederbranche Polens im letzter Jahre stark gelitten. Inbezug auf die Aussenpolitik, so erklärte Ministerpräsident Bartel, sei seit 1926 keine Aenderung eingetreten. Es werde ausschliesslich die Organisierung des Friedens angestrebt. In diesem Sinne sei auch der deutsch-polnische Liquidationsvertrag zu betrachten. Die polnische Regierung werde sich weiterhin bemühen, den deutsch-polnischen Handelsvertrag rasch zum Abschluss zu bringen.

SPD. Paris, 10. Januar (Eig.Drahtb.)

Auf dem Flugfeld von J. tres haben sich am Freitag in rascher Folge zwei Flugzeugunfälle ereignet, die drei Todesopfer forderten. Zunächst stürzte ein Flugzeug ab, dessen Pilot die Herrschaft über den Apparat verloren hatte. Der Führer erlag seinen schweren Verletzungen. Kurz darauf löste sich von einem Militärflugzeug ein Flügel. Der Beobachter konnte mit dem Fallschirm abspringen. Da sich der Fallschirm infolge der geringen Höhe jedoch nicht entfaltete, schlug der Flieger auf den Erdboden auf und wurde lebensgefährlich verletzt. Er starb bald nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus. Der Pilot konnte nur als verkohlte Leiche aus den Trümmern des Apparates geborgen werden.

SPD. München, 10. Januar (Eig.Drahtb.)

Als zweites Opfer der sogenannten Papageien-Krankheit ist in München die Frau des Wäschereibesitzers Moreis gestorben, die vor einiger Zeit wegen schwerer Lungenentzündung ins Krankenhaus geschafft werden musste. Die Familie war seit kurzer Zeit im Besitz eines Papageien, der als verdächtiger Bazillenträger auf behördliche Anweisung getötet wurde. Die übrigen Mitglieder der Familie Moreis erkrankten nicht, obwohl sie alle von dem getöteten Papageien, dessen bakteriologische Untersuchung übrigens keinerlei Bazillen feststellen liess, gebissen worden waren.

SPD. London, 10. Januar (Eig.Drahtb.)

Die japanische Delegation zur Seeabrüstungskonferenz hatte am Freitag eine längere Ausprache mit Ramsay MacDonald. Der Führer der japanischen Delegation erklärte später, die Japaner seien mit grossen Hoffnungen und dem festen Entschluss nach London gekommen, energisch an einer Einschränkung der Rüstungen zur See zu arbeiten.

SPD. Haag, 10. Januar (Eig. Drahtb.)

Reichsaussenminister Dr. Curtius wird voraussichtlich am Sonnabend nachmittag nach Genf abreisen, nicht nur um mit Zaleski über verschiedene schwebende deutsch-polnische Verträge zu verhandeln, sondern auch um überhaupt als Nachfolger Stresemanns den Willen Deutschlands zur aktiven Völkerbundsarbeit zu dokumentieren. Er beabsichtigt, zwei Tage in Genf zu bleiben und am Mittwoch nach dem Haag zurückzukehren. Tardieu will sich am Montag abend auf einen Tag nach Paris begeben, um an der Wahl des Präsidenten der Deputiertenkammer teilzunehmen.

Aus diesen verschiedenen Gründen und auch unter dem Druck von Snowden, der auf schnellen Abschluss im Hinblick auf die nahende Londoner Seeabrüstungskonferenz drängt, ist man nach der zweiten Lesung der noch strittigen Finanzfragen, die am Freitag vormittag erfolgte, dahin übereingekommen, eine Art dritter Lesung am Sonnabend vormittag abzuhalten, die bereits um 10 Uhr beginnen soll. Die noch zur Diskussion stehenden Fragen sind: 1. die Aufgaben und Befugnisse des Sonderausschusses der Internationalen Zahlungsbank im Falle einer deutschen Moratoriumserklärung. 2. Die Frage des Zahlungstermins: ob am 15. oder Ultimo. 3. Die Frage der sogenannten Aktivierung des negativen Pfandrechtes, insbesondere hinsichtlich der Reichsbankentnahmen. 4. Die Anpassung des deutsch-amerikanischen Sonderabkommens an den gesamten Youngplan, insbesondere im Falle eines Moratoriums. 5. Verschiedene Einzelheiten des neuen Reichsbahngesetzes und 6. die zinslose Einlage, die Deutschland als Sonderdepot bei der Gründung der Internationalen Zahlungsbank überweisen soll.

Diese Fragen sind am Freitag-Nachmittag in weiteren Besprechungen der Juristen, sowie zwischen Moldenhauer und Snowden abermals durchsprachen worden und man glaubt endlich, so weit zu sein, dass in der Sonnabendsitzung eine endgültige Bereinigung aller dieser übrigens nicht überwältigend wichtigen Punkte innerhalb der sechs Mächte zu erzielen sein wird. Dann werden sämtliche Konferenzteilnehmer am Mittwoch eine Vollsitzung der Kommission für die deutschen Reparationen abhalten, d.h. unter Hinzuziehung auch der kleinen Mächte, denen dies zu Anfang versprochen wurde.

Mit anderen Worten, es dürfte zwischen Sonnabend-Nachmittag und Mittwoch früh eine gewisse Verhandlungspause eintreten, soweit wenigstens die offiziellen Unterhändler in Frage kommen. Dagegen wird unter den Sachverständigen die Frage des Status der Internationalen Zahlungsbank und damit zusammenhängend auch das neue Reichsbankgesetz besprochen werden. Man wartet zu diesem Zweck nicht nur auf Dr. Schacht, sondern auch auf den Amerikaner Reynolds, der am Freitag, aus New York kommend, in Cherbourg gelandet ist und am Montag im Haag eintreffen wird.

SPD. Die Voruntersuchung gegen Sklarek und Genossen wurde auf Antrag der Berliner Staatsanwaltschaft I auch auf den Stadtrat Wilhelm Bennecke (D.Vp.) und den Bücherrevisor Roderich Luding ausgedehnt. Beiden wird vorgeworfen von den Sklareks bestochen worden zu sein. Als Äquivalent soll Bennecke den Sklareks bei Vertragsabschlüssen ungerechtfertigte Vorteile verschafft haben, während Luding bei Buchprüfungen die Firma Sklarek ausgelassen und Prüfungsberichte falsch erstattet haben soll.

Insgesamt sind bis jetzt 13 Personen in die Sklarek-Affäre verwickelt. Es ist möglich, dass die Voruntersuchung noch auf andere Personen ausgedehnt wird.

Aus aller Welt

Falschmünzer.

"Det nächste mal vom Kirchhof ..."

SPD. Der Angeklagte E. wurde am Freitag vom Berliner Schöffengericht wegen fortgesetzten Münzverbrechens in Tateinheit mit Betrug unter Anerkennung mildernder Umstände zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Es schien fast gleichgültig zu sein, ob das Urteil des Gerichts auf sechs, sechzehn oder 26 Monate gelautet hätte. Wenn E. in Freiheit war, hat er immer wieder nach kürzer Zeit - das typische Los der entlassenen Gefangenen - seine Stellung verloren und deshalb schliesslich auch den Mut zum Leben. Verzweifelt weint er: "det nächste Mal können Sie mir vom Kirchhof holen"....

Im ganzen ist der Angeklagte schon zehn Mal vorbestraft. Wie ihn der Richter fragt, wieviel er diesmal noch abzusitzen habe, antwortet er nur "mit die Rechnerei weiss ich nicht Bescheid."

Zur Aufklärung des letzten Verbrechens, des Vertriebs von Falschgeld an ahnungslose Geschäftsleute, werden die beiden Kollegen, die das Falschgeld seinerzeit hergestellt haben, als Zeugen vernommen. Sie bestätigen, was der Angeklagte selbst zugibt: er brachte in der Dämmerstunde die falschen Fünfmarkstücke, für die er nur zwei Mark pro Stück bezahlen musste, an den Mann: an den kleinen Geschäftsmann, an die kleine Geschäftsfrau. Die Inhaberin eines kleinen Konfitürenladens wies das Geld als falsch zurück. Enttäuscht betrat damals der Angeklagte wieder die Strasse und sagte vorwurfsvoll zu seinem Meister, der mit Spannung an der Ecke wartete: "Du, det is ja nischt." Der Meister nahm nun selbst den Schüler bei der Hand, ging mit ihm in ein anderes Geschäft, dessen Inhaber leichtgläubiger war. "Na, siehste, das geht ja..."

Und dann kam doch das Verhängnis. Der Angeklagte wurde festgenommen. In seiner Tasche fand man ein Notizbuch mit den interessanten Adressen Berliner Metallhandlungen, die alle die Metalle führen, die zur Herstellung von Falschgeld von den Fachleuten mit Vorliebe verwandt werden. "Ja, det hat mir einer vorjelesen. Und da schrieb ick det eben uff..."

Während der Plädoyers fährt der Angeklagte auf seiner Bank wie ein Tier im Käfig aufgeregt hin und her. Keinen Augenblick sind seine Augen ruhig, nicht einen Moment seine Hände still. Der hochgradige Erregungszustand, der sich beobachten lässt, passt zu dem Bild, das der Sachverständige, Medizinalrat Dr. Flörsheim, von ihm entwirft. Der Angeklagte habe sich in der Haft als ganz verzweifelter, häufig unter Depressionszuständen leidender Mensch gezeigt, auch schon mehrere Selbstmordversuche unternommen. Ein Bruder seiner Mutter war ein Säufer, der Vater geisteskrank. Zu seiner Freundin empfinde er grosse Liebe, aber wenn nur ein einziger Brief ausgeblieben wäre, hätten sich seiner sofort wieder tiefste Depressionszustände bemächtigt.

Nochmals erklärt E., dass er keine Verbrechernatur sei und den Willen zum guten Leben habe. Man glaubt es ihm. Und gibt dem Verteidiger recht, der in seinem Plädoyer ausführt, dass im Falle einer einwandfrei funktionierenden Gerichtshilfe, die allen ehemaligen Gefangenen zu helfen in der Lage sei, das Leben des Angeklagten anders verlaufen wäre. "Meine Herren, ich verlange eine Strafe, die dem Angeklagten in einem höheren Sinne gerecht wird! Eine Strafe, deren Sinn ist: "Wir heissen Dich hoffen!"

Und dann wird also unter Zubilligung mildernder Umstände auf eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten erkannt. Unter Tränen quittiert der Angeklagte nur: "Hat ja gar keinen Zweck. Mache ich nich. Ich nehme mir das Leben...."

Wo man noch an Hexen glaubt.

In Mecklenburg. Verfemung einer ganzen Familie.

Das Schöffengericht Kröpelin in Mecklenburg verurteilte den Schlächtermeister Westendorf aus Basdorf zu einer Geldstrafe von 20 Mark, weil er von der Frau eines Büdners Schröder aus dem gleichen Nest behauptet hat, dass sie eine Hexe wäre.

Die Familie Schröder und besonders Frau Schröder wurde von fast allen Dorfbewohnern ängstlich gemieden, weil sie fürchteten, dass durch die Berührung mit ihr das eigene Vieh und womöglich auch die eigenen Kinder verhext werden könnten. Als Schröder eine Kuh verkaufen wollte, wollte ihm der Viehhändler wegen Frau Schröder noch keine 50 Mark geben. Die Familie Schröder selbst fühlt sich nicht einmal als Märtyrer, sondern glaubt auch irgendwie an die Hexengeschichte verwehrt sich aber gegen die ihr deswegen zugefügten Drohungen und Beleidigungen. Schröder erzählt beispielsweise vor Gericht, dass sein 83jähriger alter Vater nicht zum Sterben kam, obschon er gerne sterben wollte, "bevor man ihm das nicht abgenommen habe". Nun hat man also den Versuch und dabei den Betrug gemacht, die Hexe von Kröpelin zu beschwören. Sieben Büdner aus Kröpelin holten sich als Hexenmeister den Viehhändler Leesch aus Rostock, der den feierlichen Akt in der Nacht vom 20. zum 21. Oktober mit dem Schlag der Geisterstunde vorgenommen hat. Nachdem er einige Zauberworte in seinen Bart gemurmelt haben will, erschien aus dem Dunkel eine völlig vermummte weibliche Gestalt, Frau Schröder, die sich vor dem Hexenmeister, der auf sie einredete, auf den Boden warf. In diesem Moment ergriff die sieben Büdner, die die Sache von einem nahen Versteck aus beobachtet hatten, das Grauen. Panikartig ergriffen sie die Flucht. Ihre Furcht war so gross, dass sie sich erst wieder umdrehten, als Basdorf erreicht war. Der Hexenmeister war mittlerweile auch von dannen gezogen, aber vernügter: er hatte sich bereits 50 Mark Vorschuss zahlen lassen. Die Hexe stand allein auf weiter nächtlicher Flur. Als sie ins Dorf zurückgekehrt war, traute man ihr noch immer nicht über den Weg, mied sie und bedrohte sie mit anonymen Briefen. Nur die sieben Büdner fühlten sich sicher, da sie vom Hexenmeister einen "Kreuzdorn" bekommen hatten, der sie und ihr Vieh vor allem Unglück bewahren sollte. Ausserdem hatte der Hexenmeister, der vor Gericht einen ziemlich gerissenen Eindruck machte, das Vieh durch besondere Amulette geschützt. Ein besonderes Schutzmittel gegen menschliche Dummheit scheint es in Kröpelin indessen nicht zu geben. Die Kröpeliner glaubten noch immer daran, dass Frau Schröder eine Hexe sei und, da beide Parteien Berufung eingelegt haben, wird der Hexenprozess in Rostock weitergehen.

+ + +
Eine Neunzigjährige in Flammen. In Genf kam eine 90jährige alte Frau mit einer brennenden Petroleumlampe ihrem Bett so nahe, dass es Feuer fing. Die Frau, die infolge körperlicher Unbeholfenheit nicht rechtzeitig fliehen konnte, kam elend um.

+ + +
Hundert erfrorene Kulis. Eine fürchterliche Kältewelle flutet über China. In Hankau sind mehr als 100 Kulis erfroren.

+ + +
Paris in Aufregung. In einer der letzten Nächte ist die Frau eines bekannten Pariser Grossindustriellen, nachdem sie in Begleitung eines Freundes im Bois de Boulogne ihrem Auto entstieg, von drei eleganten Insassen einer grossen englischen Limousine, die hinter ihrem Wagen hielt, entführt worden. Während zwei der geheimnisvollen Entführer den Freund festhielten, wurde die Dame ins Auto geschleppt. Dann rasten die Drei mit ihr davon, während ihr Galan das Nachsehen, aber infolge der Dunkelheit nicht das Nachfahren hatte. Eine Spur ist bisher ebensowenig entdeckt, wie ein Motiv. Man denkt an die Möglichkeit eines Erpressungsversuches. Ganz Paris spricht von der seltsamen Entführung

+ + +

Kommt die Nibelungenstrasse? Der österreichische Automobilklub setzt sich in einer an private Geldgeber von internationaler Bedeutung gerichteten Denkschrift für den Ausbau einer durchgehenden Autostrasse Brest-Paris-Frankfurt-Regensburg-Passau-Wien-Budapest-Bukarest-Schwarzes Meer ein. Kapitalien sind noch nicht gezeichnet, aber über den Namen wird bereits diskutiert: man schlägt "Nibelungenstrasse" vor.

+ + +
Blutrache eines Schupos. Im Dezember 1927 wurde in dem Dorfe Niedermöllrich bei Kassel der Landjäger Wille von dem 28jährigen Schutzpolizisten Claus erschossen. Der Mörder hatte sich im Hause seiner Eltern verbarrikadiert. Das Haus wurde von Schutzpolizei und Landjägern regelrecht belagert. Durch einen unglücklichen Zufall wurde Claus durch eine Handgranate schliesslich getötet, als er sich in den Keller geflüchtet hatte.

Dieser Tage kam Wilhelm Wille, des getöteten Landjägers Sohn, der seinerzeit auch Zeuge des entsetzlichen Mordes gewesen war und inzwischen Schutzpolizist in Frankfurt/Main geworden ist, nach Niedermöllrich. Sein erster Weg führte ihn zur Tür des Vaters des Mörders, einen 58jährigen Anstreicher und Landwirt. Ahnungslos öffnete der Alte. Wille sagte kein Wort, zog seinen Dienstrevolver, stellte sich vor Claus und schrie ihn an: "Das ist für meinen Vater!" Im selben Augenblick feuerte er acht Schüsse ab, die den alten Claus in Brust und Herz trafen. Der Schwerverletzte stürzte sich auf die Strasse, wo er in seinem Blute liegen blieb. Wille war inzwischen auf den Sohn des Ermordeten zugegangen, um auch ihn zu töten. Von dem Sohn um Milde angefleht, liess er von der beabsichtigten Tat ab.

Während der Alte unten starb, fuhr Wille in die Nachbarstadt Fritzlar, wo er sich der Polizei stellte und von wo er um 11 Uhr nachts den Bürgermeister von Niedermöllrich telephonisch anrief, um ihm mitzuteilen, dass er sich der Polizei gestellt habe. Bei den ersten Vernehmungen erklärte er, dass der Tod seines Vaters wie ein Alpdruck auf ihm gelastet habe, bis er schliesslich dem Rachegefühl, das sich immer wieder in ihm aufgebaut hätte, unterlegen sei. Mit dem Dienst heraus wäre er nach Hause gereist, um dieses Gefühl zu befriedigen. Er hätte einfach nicht anders handeln können. Sein Wille wäre sogar gewesen, die ganze Familie des Mörders seines Vaters auszurotten.

Gegenüber dem Oberstaatsanwalt Tellmann in Kassel brachte Wille noch zum Ausdruck, dass er den alten Claus als den eigentlichen Verantwortlichen am Tode seines Vaters betrachte. Wenn er etwa nicht tot sei, so werde er ein zweites Mal versuchen, ihn zu ermorden, sobald er aus dem Zuchthaus entlassen wird.

+ + +
Theaterstreik in Frankreich? Eine Versammlung der Pariser Theaterdirektoren hat dem Verbandsvorstand die Vollmacht gegeben, nötigenfalls einen Generalstreik zu erklären, wenn es nicht gelingt, die Theatersteuern derart zu ermässigen, dass eine Verdienstmöglichkeit für die Theaterunternehmer gegeben ist. Mit Paris haben sich auch die Provinztheater solidarisch erklärt, ebenso die Theaterangestellten, die Arbeiter und ihre Syndikate. Die Arbeiter und Angestellten der staatlichen Bühnen haben gleichfalls beschlossen, in den Streik zu treten, wenn die Privattheater ihre Pforten schliessen, sodass dadurch sämtlich Bühnen Frankreichs ihre Pforten schliessen müssten. Auch die Variété- und Zirkusbühnen werden gegebenenfalls die gleichen Protestmassnahmen gegen die hohen Steuern ergreifen.

+ + +
Stolz will ich den Spanier! Anlässlich der zu Weihnachten durch den Präsidenten der französischen Republik erfolgten Begnadigung des Monarchistenführers Daudet und zwölf der im Gefängnis sitzenden Kommunisten, wurde von der Pariser sozialdemokratischen und linksrepublikanischen Presse lebhaft die Freilassung des verhafteten Kommunisten und Schriftstellers Vaillant-Couturier gefordert, der zwar aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen worden war, aber immer noch eine Anklage wegen Hochverrat auf dem Halse hat. Sei es, um sich wieder lieb Kind bei der kommunistischen Zentrale zu machen oder aus irgend welchen

anderen Gründen: Vaillant-Couturier veröffentlichte dieser Tage in der kommunistischen "Humanité", aus der er seinerzeit wie ein Hausknecht hinausgeworfen wurde, einen wütenden Schimpfartikel gegen die zu seinen Gunsten geschriebenen Artikel in der Linkspresse, die nur ein politisches Manöver seien. Er verzichtete auf jede Gnade und vor allem auf jede scheinheilige Unterstützung durch Sozialdemokraten und andere.

Nunmehr stärkt das linksredikale "Oevre" Herrn Vaillant-Couturier ein wenig das Gedächtnis und erinnert ihn daran, wie er trotz der Hochverratsanklage von der "Humanité" schändlich im Stich gelassen worden war und wie er sogar zu einem rechtsstehenden Politiker und Journalisten gegangen sei, um ihn zu bitten, dass dieser sich für ihn in seinem Blatt verwende. Wahrscheinlich haben sich die feindlichen kommunistischen Brüder wieder versöhnt und als Mitgift hat Herr Vaillant-Couturier seinen Charakter und seine Ehre auf dem kommunistischen Altar geopfert. Nur das grosse Mundwerk durfte er behalten.

+ + +
Bestohlener Bankier. In der Wohnung des in Potsdam wohnenden bekannten Grossbankier von Mendelssohn-Bartholdy wurde in der Nacht zum Freitag ein schwerer Einbruch verübt. Die Diebe drangen von der Wasserseite her in die Villa ein, zertrümmerten ein Verandafenster, kletterten ins Haus, rafften zusammen, was sie kriegen konnten und zogen dann auf dem Wasserwege ab. Paradoxiere Weise trägt das gestohlene Silber ausser dem Familienwappen die Devise "Ich wach!"

+ + +
Die Theaterkatastrophe von Philadelphia. Die Explosionskatastrophe des Floptheaters in Philadelphia, das gerade vor dem Abbruch stand, hat mehr als 100 Verletzte gefordert. Auch in der Stadt selbst hat die Explosion viel Schaden angerichtet. Der Rathausplatz war mit Ziegelsteinen, Glassplittern und Dachbalken übersät. Die Fenster des Rathauses selbst sind sämtlich gesprungen. In der Innenstadt von Philadelphia brach zur Sekunde der Detonation eine förmliche Panik aus. Verzweifelt rang man um einen Platz in den Hauseingängen, in denen man Schutz suchte. Als Ursache der Explision wird das Umstürzen eines Karbidbehälters gemeldet.

+ + +
Verbrecherjagd zwischen Särgen. In der lettischen Stadt Serbigal bei Walk waren Einbrecher gerade damit beschäftigt, im Erbbegräbnis der Barone Wolff die in einer Friedhofskapelle aufgestellten Säрге zu erbrechen, um sie nach Gold zu durchsuchen, als sie von einem Polizisten überrascht wurden. Es entspann sich ein regelrechtes "euergefecht". Die Verbrecher hatten reichlich Munition. Der inzwischen verstärkten Polizei gelang es, die Kapelle zu umzingeln. Nachdem man Handgranaten in das Gotteshaus geworfen hatte, machten die Verbrecher den Versuch, den Polizeiring zu durchbrechen. Drei der Friedhofsräuber wurden erschossen, die anderen entflohen. Einer der Erschossenen ist der Führer einer bekannten Räuberbande. Sie hatte sich den Keller der Kapelle als Wohnung eingerichtet und dort ausser Möbeln ein ganzes Arsenal von Einbrecherwerkzeugen, Waffen und Munition aufgestapelt.

+ + +
5 Mann im Zug verkohlt. Bei Southboston in Virginia geriet ein ganzer Güterzug durch die Explosion von zwei mit Benzin gefüllten Tankwagen in Flammen. Nachdem die sehr gefährliche Löschung des Brandes gelungen war, fand man in einem der Wagen die Leichen von fünf blinden Passagieren, die vollständig verkohlt waren.

„Aus aller Welt“

Wie könnt' ich ruhig schlafen?

Ohne Sicherheitsschlösser des Herrn Bodé?

SPD. Herr Bodé in Stockholm war Erfinder und Geldschrankknacker in einer Person. Um sich das Knacken zu erleichtern, erfand er einen sinnreichen Apparat, der alle Vorteile eines Sicherheitsschlusses gleichzeitig aber auch die eines Schlossöffners aufwies. Herr Bodé hatte reichlich Gelegenheit, sich in der Praxis von der Güte seiner epochemachenden Erfindung zu überzeugen und auch die behördliche Anerkennung des neuen Patents blieb nicht aus, indem man dem Erfinderischen eine mehrjährige Gefängnisstrafe aufbrummte. Nach ihrer Verbüßung fasste er den Entschluss, sein Patent auf "anständigem" Wege zu verwerten und setzte Inserate in die Zeitungen, in denen er die bisher unerreichten Vorzüge seines Apparates anpries. "Die Erfindung schliesst alle Türen vorbildlich ab, kann aber die bisher als einbruchssicher anerkannten Schlösser mit Leichtigkeit öffnen", hiess es in den hochtrabenden Ankündigungen. Worauf sich die Herstellerfirma der X-Schlösser naturgemäss beeilte, Herrn Bodé als Lügner zu bezeichnen, ihn wegen unlauteren Wettbewerbs anzuzeigen und eidesstattlich zu versichern, dass im Besitze eines X-Schlusses jeder Bürger von Stockholm ruhig schlafen kann. Herr Bodé liess sich diese Geschäftsschädigung nicht ohne weiteres gefallen und erbrachte den praktischen Beweis, dass es mit dem ruhigen Schlaf der X-Schlossbesitzer nicht weit her sei, indem er Nacht für Nacht Einbrüche in mit diesen Sicherheitsvorrichtungen versehene Wohnungen und Geschäfte verübte. Mit doppeltem Erfolg, denn erstens brachten die systematischen nächtlichen Ausflüge eine reiche Beute ein und zweitens verkaufte er tagsüber immer mehr und mehr Patente, denen er zur nächtlichen Stunde so tatkräftig gemacht. Das Doppelgeschäft blühte und die Fabrik der X-Schlösser stand kurz vor der Pleite, als dem tüchtigen Kaufmann Bodé ein kleines Unglück widerfuhr: er wurde auf frischer Tat ertappt. Der Herr Fabrikdirektor wanderte abermals ins Loch, und die Stockholmer Bürger glauben vorübergehend wieder an die Einbruchssicherheit der einige Monate hindurch verpönten X-Schlösser.

+ + +

Ein haariger, aber verbinderter Admiral.

Der Negerhäuptling im Statistischen Reichsamt.

Im Berliner Statistischen Reichsamt, dessen Arbeitsmethode zwar langsam, aber nicht langweilig zu sein scheint, herrscht ein rauher, aber herzlicher Ton. Vor dem Arbeitsgericht wurde die Kündigung eines Angestellten bestätigt, den die deutsche Republik auf Grund seiner Haarigkeit eigentlich zum Admiral hätte machen müssen.

Der verhinderte Admiral steht als Kläger vor den Schranken, in die er ein nautisches Jahrhundert fordert. Er fühlt sich nur deshalb entlassen, weil eine Kollegin, die er auf verschiedene Fehler in ihrer Arbeitsleistung aufmerksam gemacht hätte, sich aus Rache alle seine unanständigen Witze aufgeschrieben hätte, um dann, in ihrer Jungfrauenehre gekränkt, Anstoss an ihnen zu nehmen.

Das Arbeitsgericht prüfte, ob der Ton der Witze des Klägers dem Ton der im Statistischen Reichsamt allgemein üblichen Witze entspräche. Ein ganzes Dutzend Zeugen marschierte auf und pflasterte den Weg zum Urteil noch einmal

mit allen Steinen des Anstosses. Das Publikum wurde wegen Gefährdung seiner Sittlichkeit ausgeschlossen, immerhin steht aber die wichtige Tatsache fest, dass ein im Statistischen Reichsamt besonders beliebtes Thema die Unterhaltung darüber war, wie der Kläger als Angehöriger der Schutztruppe in Afrika den Negerfrauen gegenüber stand. Aber was dem Fass den Boden aus- und bei der beleidigten Angestellten wie ein Blitz einschlug, das war die Problematik der starken Männlichkeit. Damit hatte es folgendes auf sich: der Kläger behauptete, dass früher bei der kaiserlichen Marine nur der Oberbootsmaat werden konnte, der genügend männlich-massigen Haarwuchs auf der Brust habe. Der Kläger hatte renommiert, dass er auf Grund dieser Tatsache unbedingt hätte Admiral werden müssen, was wiederum von einigen weiblichen Angestellten im Statistischen Reichsamt bezweifelt worden ist. Offenbar fühlte sich da der Kläger an seiner Ehre verletzt, denn er drang darauf, die Behauptung seiner Admiralfähigkeit durch Lokaltermin unter Beweis zu stellen. Die gekränkte Dame notierte auch das, lief dann zum Chef, der die Kündigung des unkeuschen Reichsamtsadmirals aussprach, der seinerseits nun wieder zum Kadi lief.

Das Arbeitsgericht wies die Klage ab, obschon sich sämtliche Zeugen für den Kläger ausgesprochen hatten, der nicht "unmoralischer" gewesen sein soll, als es im Statistischen Reichsamt üblich wäre. Das Gericht zog daraus indessen nur die Konsequenz, dass die Personalleitung des Statistischen Reichsamts eben berechtigt sei, allen ihren Angestellten zu kündigen.

+ + +

Prinzessinnen gefällig? Es ist etwas Alltägliches geworden, in einem Taxermeterchauffeur einen hohen ehemaligen russischen Offizier zu erkennen. Niemand fühlt sich mehr geschmeichelt, von einem zivil gewordenen Kosakenhethmann gefahren zu werden. Der Snobismus des zahlkräftigen Publikums will aber Nahrung. Und die Reklamefachleute sind deshalb auf dauernder Jagd nach einem Nervenkitzel. Eine Pariser Autofahrschule kündigt für ihr neues Schuljahr an den Litfassäulen die Sensation des Tages an: Kommen Sie und überzeugen Sie sich selbst! In meiner Schule sind nur Prinzessinnen als Fahrlehrerinnen tätig. Jeder Schüler wählt sich seine Dame selbst!" Was wollen Sie noch mehr? Welche Freude bei dem feisten Schlächtermeister aus Vincennes, wenn er von einer Originalbojarin in die Geheimnisse des Kraftfahrwesens eingeweiht wird!

+ + +

Ein Hospitalwanderer in Köln. C.F. Davies, ein Engländer, liegt augenblicklich im Augusta-Hospital in Köln; seit 12½ Jahren verfolgt ihn das Unglück mit einer derartigen Hartnäckigkeit, dass er von sich sagen kann, in Hospitälern fast alle Länder gelegen zu haben. Seine Chronik: 1917 Gasvergiftung bei Furnes. Flucht nach Boulogne, Lungenentzündung. Nach der Entlassung aus dem Krankenhaus in Boulogne Beinbruch. 1920 vierfacher Rippenbruch in London. 1921 Armbruch in Paris, anschliessend eine Venenentzündung, die ihn für 14 Monate ans Bett fesselte, ein weiteres Jahr zu Krücken zwang. Ein Arm war noch nicht gebrochen: infolgedessen brach er ihn sich in London. Dann hat der Mann noch einige andere Unfälle erlitten, war aber 1929 so weit gesund, dass er in Berlin eine Stelle annehmen konnte. Auf einer Reise nach Köln fiel ihm indes eine Brustfellentzündung an, an der er heute noch liegt. Nicht weniger als 200 verschiedene Injektionen hat der Pechvogel im Laufe dieser 12 Jahre erhalten. Er lernte allmählich leiden, ohne zu klagen und trägt sein Schicksal mit Galgenhumor.

+ + +

Was frisst der Haifisch? Vor dem Hafen von Sidney (Australien) wurde ein vier Meter langer Tigerhai gefangen, der an der Stelle des Magens eine merkwürdige Ausbuchtung hatte. Man öffnete das Tier und fand in ihm eine Petroleumkanne, einen alten Getreidesack und eine Menge Hühnerfedern. Offenbar hat der Tigerhai sein Sylvester-Dinner einem der an der Küste gelagerten Abfallhaufen entnommen.

+ + +

Liebesdrama um eine Putzfrau. Ein Stuttgarter 46 Jahre alter verheirateter Wagenmeister, Vater von fünf kleinen Kindern, unterhielt Beziehungen zu einer 40 Jahre alten Putzfrau bei der Eisenbahn. Im Verlauf eines heftigen Wortwechsels, der zwischen den Gleisanlagen des Stuttgarter Hauptbahnhofes geführt wurde, schlug der Wagenmeister seine Geliebte mit einem Hammer zu Boden und gab dann noch zwei Schüsse auf sie ab. Die Frau war sofort tot; der Wagenmeister jagte sich eine tödlich wirkende Kugel in den Kopf. Die Putzfrau hatte dem Wagenmeister einen Abschiedsbrief geschrieben.

+ + +
Die chinesische Kältekatastrophe. Die Kältewelle, die augenblicklich China überflutet, trägt fast arktischen Charakter. Allein in Nord-Schanasi beträgt die Zahl der Erfrorenen oder infolge unterbrochener Nahrungszufuhr Verhungerten bereits 15 000. 208 Bettler sind allein in den Strassen von Peiping verendet. 500 Dschunken, die vom Eis zerdrückt wurden, sanken auf dem Haan-Fluss in Hankau; sie waren alle mit Dschunkenfamilien besetzt. 700 Rickscha-Kulis sind im Schneesturm umgekommen.

+ + +
Die vom Schiffbruch leben... Wenn die Winterstürme rasen, dann beginnt das Blut der Seeräuber zu sieden. Es ist zwar schon lange her, dass an den europäischen Küsten Schiffbrüchige auf ihrem Wrack den Todesstoss bekamen, aber der rötliche Saft gärt weiter in den Nachkommen jener tollkühnen Wasserpiraten. In der Bretagne, der klassischen Küste der gescheiterten Schiffe, lebt man vielfach davon, was das Meer den Menschen abgestrotzt hat. Vom Brennholz bis zum Brot stammt alles von Schiffbrüchen. Die Bretonen richten regelrechte "Wrack-Posten" ein, um rechtzeitig genug auf ihre Beute aufmerksam zu werden. Und dann, wenn der Mann aus dem Ausguck meldet "Wrack ahoi!" stürzen sich die tollkühnen Schiffer in ihre Boote. Die Weiber und die Kinder stehen auf den Felsenriffen und schauen zu. Kommen sie wieder? Es ist der Kampf ums Brot, den hier die Männer in den Nusschalen führen. All zu oft bezahlten die sogenannten Wrackfahrer ihren Mut mit dem Tod. Nur selten gibt es reiche Beute. Sind aber Getreide- oder Weinschiffe ein Opfer des Meeres geworden, dann herrscht eitel Freude. Die ausgeschwemmten Tonnen werden aufgebrochen. Und nun wird abgefüllt, in Eimern und in Flaschen, in Töpfe und in... Holzpantinen. Alles Strandgut muss bei den Behörden angemeldet werden. Der "Finder" bekommt seinen Anteil nach dem Verkauf. Die Bretonen beklagen sich aber, dass sie erst sehr spät den Gegenwert ihrer Beute erhalten und deshalb ziehen es die meisten vor, lieber nichts zu melden, vor allem, wenn es sich um Weinfässer handelt.

+ + +
Die Liebe der Diebe. Ein 16jähriges Mädchen in Lemnitz in Thüringen wurde von zwei jungen Burschen zu einem Stelldichein in den Wald gelockt, während die beiden Liebhaber in Wahrheit die Gelegenheit zu einem Versuch benutzten, die Wohnung der Dienstherrschaft des jungen Mädchens auszurauben. Die Bäuerin war indessen stark und beherzt genug, den Angriff der jungen Leute, die sie würgen wollten, um dann um so ungestörter arbeiten zu können, abzuwehren. Die Räuber flohen, konnten aber wenige Stunden später verhaftet werden.

+ + +
Rumänischer Zugkatastrophenrekord. Im Jahre 1929 haben sich auf den rumänischen Eisenbahnen 1827 schwere und 2894 leichtere Eisenbahnunfälle ereignet. Ausserdem werden 3366 Schienenbrüche gemeldet.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Das Diktat der I.G. Farbenindustrie,

SPD. Am Montag beginnt die angekündigte Betriebseinschränkung im Werk Höchst der I.G. Farbenindustrie, von der 7.000 Arbeiter betroffen werden. Von den einzelnen Betriebsführern wurde den Arbeitern bereits mitgeteilt, dass der Arbeitsvertrag gekündigt sei und dass mit jedem Arbeiter ein Einzelvertrag abgeschlossen werde. Wer den Arbeitsvertrag unterzeichnet, verpflichtet sich zur Fünftageswoche. Die Arbeiter, die den Vertrag nicht unterzeichnen und am Montag doch zur Arbeit erscheinen, erkennen damit stillschweigend gleichwohl die Fünftageschicht an. Wer am Montag nicht zur Arbeit kommt, kann sich als entlassen betrachten.

Die Massnahme der I.G. Farben erregt unter der Arbeiterschaft nicht nur deshalb Empörung, weil sie, obwohl schuldlos, für Konjunkturschwankungen ein Opfer bringen soll, sondern auch wegen der ganzen Art, wie die Betriebseinschränkung durchgeführt wird. Die Anordnung hat nämlich nicht, wie es scheinen könnte, eine Arbeitsstreckung zur Folge, sonst müsste ja das ganze Werk wenigstens ein Wochentag stillliegen und im übrigen bei voller Belegschaft arbeiten. Bei der I.G. Farben wird hingegen täglich ein Sechstel der Belegschaft freigesetzt, während die übrigen fünf Sechstel das volle Tagespensum zu leisten haben. Da der Gang und das Tempo der Produktion durch die Apparaturen vorge-schrieben sind, läuft die Neuverteilung der Arbeitszeit darauf hinaus, dass mit einer kräftig reduzierten, von der Furcht vor Entlassung bedrohten, Belegschaft unter Aufgebot der letzten Kraft die volle Tagesarbeit geleistet wird. Man befürchtet nicht ohne Grund, dass, wenn dies gelingt, weitere Entlassungen erfolgen werden, nachdem man den Verdienst der Arbeiter, gemessen an ihrer Leistung, um 15 % abgebaut hat. Dass dieses Hetztempo der Arbeit die Unfallgefahr in den ohnedies gefährlichen chemischen Werken steigert, liegt auf der Hand.

Unter diesen Umständen wird die auf drei Monate berechnete Betriebseinschränkung der I.G. Farben als brutaler Willkürakt empfunden. Die ganze Massnahme verträgt sich nicht mit dem geltenden Arbeitsrecht, da ohne Zustimmung der Gewerbeaufsichtsorgane eine neue Arbeitsordnung geschaffen worden ist und auch sonst ein Eingriff in die Tarifregelung vorliegt, der infolge der Entlassungsdrohung durch eine Art Aussperrung expresst worden ist. Alle Momente, die diesen Arbeitskonflikt in Erscheinung treten lassen könnten, hat die I.G. sorgfältig vermieden. An der Sache ändert sich jedoch damit nichts. Natürlich kommt zur Zeit ein Abwehrstreik, wie er von den Kommunisten propagiert wird, nicht in Betracht. Doch prüfen die Gewerkschaften, welche Möglichkeiten gegeben sind, um gegen dieses Vorgehen wirksam Einspruch zu erheben. Die Belegschaft protestiert mit Recht gegen diese Art Arbeitszeitverkürzung.

Die Reverse, die vorgelegt worden sind, sollen, da sie nicht unterschrieben zu werden brauchen, offenbar den Eindruck erwecken, als ob die Mehrheit der Arbeiter mit dem Vorgehen der Werksleiter einverstanden sei. Das Gegenteil ist der Fall. Der Arbeiterrat hat die von ihm verlangte Zustimmung zu der Betriebs einschränkung abgelehnt. Sollte überhaupt ein wesentlicher Teil der Arbeiter den Revers unterschreiben - was ziemlich ausgeschlossen ist - so wäre dies höchstens ein Erfolg der Drohung mancher Betriebsführer, die zu ihrer Belegschaft sagten, der Revers müsse unterschrieben werden, obgleich diese Drohung dem Wortlaut des Reverses widerspricht.

SPD. Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes hat den Reichskanzler ersucht, dafür zu sorgen, dass die Reichsregierung schnellstens die erforderlichen Mittel zur Unterstützung der durch das Tabaksteuergesetz arbeitslos gewordenen Arbeiterinnen und Arbeiter bereitstellt und die Ausführungsbestimmungen für die Sonderunterstützung zu Artikel 8 des Tabaksteuergesetzes vom 22. Dezember 1929 erlässt. Nach diesem Artikel sollen die bei Inkrafttreten des Gesetzes in Zigaretten- und Rauchtobakgewerbe beschäftigt gewesenen Angestellten und Arbeiter, die nachgewiesenermassen infolge dieses Gesetzes innerhalb der Zeit vom 1. Januar 1930 bis 31. März 1931 arbeitslos oder durch Kurzarbeit geschädigt werden, ohne dass ihnen angemessene Arbeit zugewiesen wird, Unterstützungen erhalten. Diese Unterstützungen sollen unbeschadet der Leistungen der Arbeitslosenversicherung für jeden durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit ausgefallenen Arbeitstag längstens für die Dauer von 26 Wochen gewährt werden und zwar in der Höhe, dass die Gesamtunterstützung 75 v.H. des entgangenen Arbeitsverdienstes aus den letzten 6 Monaten der Arbeitnehmertätigkeit des Unterstützungsempfängers nicht übersteigt.

SPD. Ist die Internationale Schlafwagensgesellschaft ein Verkehrsunternehmen oder ein Gast- und Schankbetrieb? Sie wollte in Oesterreich beides sein, weil das Arbeitszeitgesetz für Verkehrsunternehmen günstiger ist und das Gesetz über die Betriebsräte in den gewerblichen Unternehmen ihr mehr zusagt als die Bestimmungen über die Personalvertretung der Verkehrsunternehmen. Eine Entscheidung des Wiener Gewerbegerichts hat diesem Unfug ein Ende gemacht und die Gesellschaft als Verkehrsunternehmen bezeichnet. Ein schwebender Rechtsstreit konnte infolgedessen nicht an die Abteilung für das Gast- und Schankgewerbe verwiesen werden.

SPD. Der niederländische und der belgische Fabrikarbeiterverband haben bei dem grossen Streik der Arbeiter der Koksfabrik in Sluiskil, der fast 4 Monate dauerte, einen vollen Erfolg erzielt. Die Direktion verpflichtete sich vor dem Reichsschlichter im Haag, die Löhne binnen drei Wochen den Lohnsätzen der übrigen Fabrikarbeiter in Seeländisch-Flandern durch Erhöhung um einige Gulden pro Woche anzupassen, einen bezahlten Urlaub einzuführen, für anerkannte christliche Feiertage Lohnvergütung zu gewähren und alle Streikbrecher sofort zu entlassen. Von den streikenden Arbeitern werden 140 sofort und die übrigen entsprechend der Inbetriebnahme der Oefen wieder eingestellt. Die Arbeiterschaft hat nach ihrem Erfolg einmütig die Beendigung des Streiks beschlossen.

SPD. Kann vom Stahlhelm auch etwas Gutes kommen? O, ja! "Der Steinarbeiter" weist bei der Schilderung der Gefahren des Steinfalls in Steinbrüchen auf die Notwendigkeit eines verbesserten Kopfschutzes hin. Den besten Schutz böte der Stahlhelm. Er ist in den steinfallgefährlichen Abteilungen der Steinbrüche in der Nähe der Bruchwand von grossem Wert.

Die Stahlhelmführer gebärden sich gerne als Arbeiterfreunde. Sie sollten eine so schöne Gelegenheit, ihre Sympathie für die Arbeiter durch die Tat zu bekunden, sich nicht entgehen lassen und die Stahlhelme den Steinarbeitern zur Verwendung überlassen; dann hätten die Stahlhelme wenigstens einen Nutzen.



Was wird am 1. Januar 1932?

(6 Milliarden Mark Aufwertungsschulden sollen mobilisiert werden.)

SPD. Am 1. Januar 1932 wird der grösste Teil der Aufwertungsschulden fällig. Über das Schicksal von schätzungsweise 6 Milliarden Mark Hypotheken wird bis zu diesem Tage eine Entscheidung getroffen werden müssen. Es handelt sich also um einen bedeutenden Teil des in der deutschen Wirtschaft investierten Kapitals, der in irgendeiner Form in Bewegung geraten wird. Trotzdem besteht aber heute, knapp zwei Jahre vor dem Stichtag, noch keine Klarheit über das Schicksal der Aufwertungsschulden.

Bestimmte Fragen sind noch offen, für die eine gesetzliche Regelung unentbehrlich ist. So besteht z.B. in der Aufwertungsgesetzgebung die Lücke, dass über die Verzinsung der Tilgungshypotheken bei den Realkreditinstituten, die z.T. noch viele Jahre nach 1932 laufen, für die Zeit nach dem 1. Januar 1932 keine Bestimmung getroffen wurde. Es versteht sich von selbst, dass der Zinssatz für sie, der jetzt nur 5 % beträgt, erhöht werden wird. Der Mehrbelastung durch den niedrigen Tilgungssatz, die die Schuldner dieser Hypotheken zu tragen haben, steht auch der Vorteil gegenüber, dass diese 1932 nicht gekündigt werden können.

Eine weitere Schwierigkeit, die nur auf gesetzgeberischem Wege überwunden werden kann, liegt im § 1119 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Dieser Paragraph bestimmt, dass für Erhöhungen des Zinssatzes einer Hypothek über 5 % die Zustimmung sämtlicher im Range nachfolgender Hypothekengläubiger erforderlich ist. Da jede Prolongierung oder Umschuldung der Aufwertungshypotheken auf der Grundlage einer Erhöhung des Zinsfusses über 5 % erfolgen müssen wird, müssten also in jedem einzelnen Fall die anderen Hypothekengläubiger um ihre Zustimmung angegangen werden. Die Aufrechterhaltung dieser Bestimmung würde offenbar das ganze Umschuldungswerk gefährden oder zum mindesten wesentlich erschweren. Ein Eingriff in die wohlerworbenen Rechte der den Aufwertungshypotheken nachfolgenden Hypothekengläubiger wird also unerlässlich sein und rechtfertigt sich auch mit der Erwägung, dass jeder, der eine zweite oder dritte Hypothek hinter einer Aufwertungshypothek erworben hat, damit rechnen musste, dass im Jahre 1932 der Zinsfuss für die Aufwertungshypotheken erhöht werden wird. Immerhin sollte die Änderung des § 1119 BGB zunächst auf die Aufwertungshypotheken beschränkt werden.

Die eigentliche Streitfrage ist die, ob das Gesetz eine abermalige Prolongation der Aufwertungsschulden vorsehen soll und in welchem Ausmasse. Ursprünglich scheint der Plan bestanden zu haben, für sämtliche Aufwertungsschulden den Fälligkeitstermin auf das Jahr 1937 zu verschieben. Dieser Plan hat mit Recht starke Gegnerschaft gefunden, denn seine Verwirklichung wäre nur zum Nachteil der Inflationsgeschädigten möglich gewesen und hätte auch an der Unsicherheit der Rechtslage und an den Schwierigkeiten der endgültigen Regelung nicht das Geringste geändert. Inzwischen verlautete vor einiger Zeit, dass im Reichsjustizministerium ein Referentenentwurf ausgearbeitet wurde, der vorsieht, dass die Hinausschiebung des Fälligkeitstermins um längstens fünf Jahre an die Bedingung geknüpft wird, dass der Schuldner nachweist, dass ihm die Beschaffung des zur Rückzahlung notwendigen Betrages nicht oder nur zu untragbaren Bedingungen möglich ist.

Auch gegen diesen Plan eines Teilmoratoriums bestehen gewichtige Bedenken; eine derartige Verletzung von Gläubigerrechten müsste auch den Kapitalmarkt schwer beunruhigen.

Nun wird zur Begründung eines Teilmoratoriums geltend gemacht, dass, wenn sich so ungeheure Kapitalmassen gleichsam an einem Tage in Bewegung setzen, der Kapitalmarkt schweren Störungen ausgesetzt würde und für grosse Gruppen von Aufwertungsschuldnern eine kritische Situation entstehen würde. Es ist zuzugeben, dass es keine glückliche Lösung der Aufwertungsfrage war, den Fälligkeitstermin für nahezu sämtliche Aufwertungsschulden auf einen Tag festzusetzen. Aber man darf die Schwierigkeiten dieser Situation auch nicht überschätzen. Der grösste Teil der Aufwertungshypotheken, nämlich die Anstaltshypotheken (die von Hypothekenbanken, Sparkassen, Versicherungsgesellschaften usw. gewährten Hypotheken), wird voraussichtlich verhältnismässig glatt reguliert, also in irgendeiner Form prolongiert oder umgeschuldet werden. Wahrscheinlich wird dies auch für einen grossen Teil der privaten Hypotheken der Fall sein. Für den Rest aber wird umso eher auf dem Kapitalmarkt Ersatz gefunden werden können, als die Aufwertungshypotheken im allgemeinen einen ausgezeichneten Rang haben. Nehmen wir den Normalfall einer ersten Hypothek, die in Höhe von 60 % des Grundstücks- oder Gebäudewerts gegeben wurde, so deckt sie als Aufwertungshypothek nur mehr 15 % des Wertes des Pfandobjekts. Eine solche Hypothek ist aber zweifellos eine absolut sichere Kapitalanlage, für die kein allzu hoher Zins verlangt werden kann.

Jedenfalls wird jetzt darauf hingearbeitet werden müssen, dass erstens baldmöglichst eine gesetzliche Regelung getroffen wird, die einen endgültigen Rechtszustand schafft und den Inflationsschädigten kein neues Unrecht zufügt, und dass zweitens die Schuldner und Gläubiger von sich aus baldmöglichst an die Regulierung der Schulden herangehen, damit grössere Erschütterungen des Kapitalmarkts um die Zeit des Stichtages vermieden werden. Deshalb ist es zu begrüessen, dass von zwei privaten Interessentenstellen die Initiative in dieser schwierigen Frage ergriffen wurde, ehe die gesetzgeberischen Instanzen selbst eine Entscheidung getroffen haben. Die Meininger Hypothekenbank hat ihren Liquidationspfandbriefgläubigern ein Umtauschangebot und ihren Aufwertungshypothekenschuldnern ein Umschuldungsangebot gemacht, das zwar nur einen kleinen Teil ihrer Liquidationspfandbriefe bzw. Aufwertungshypotheken umfasst (3 Millionen von insgesamt rund 70 Millionen Liquidationspfandbriefen), aber für sie eine endgültige Regelung zu Bedingungen vorschlägt, die für die heutige Kapitalmarktsituation einigermaßen angemessen sind. Gleichzeitig hat die Commerz- und Privatbank eine Umschuldungsstelle geschaffen, die den Aufwertungsschuldnern bei der Suche nach neuen Geldgebern behilflich sein und ihnen Zwischenkredite gewähren soll.

Es ist zu hoffen, dass auf diesen oder auf ähnlichen Wegen weiter geschritten wird. Den Aufwertungsschuldnern ist anzuraten, nicht ihre Hoffnung darein zu setzen, dass ihnen wieder einmal der Staat hilft, die Regulierung alter Schulden zu verschleppen, nachdem diese ohnehin schon auf ein Viertel entwertet und ihre Verzinsung auf einen Bruchteil der gegenwärtig herrschenden Zinssätze herabgedrückt wurden, sondern sie sollen im Verein mit den Realkreditinstituten und anderen Geldinstituten energisch daran gehen, selbst für die dringlich notwendige Bereinigung ihrer Schulden zu sorgen.

SPD. Die Treibereien gegen die geplante Neuregelung der Landwirtschaftskammern, die auch Hinzuziehung der Arbeitnehmer vorsieht, haben sich im neuen Jahr weiter gesteigert. Die preussische Hauptlandwirtschaftskammer hat z.B. beschlossen, sich gegen die Berücksichtigung der Landarbeiter überhaupt auszusprechen. Die Besitzer wollen unter sich bleiben und können es immer noch nicht begreifen, dass schwerwiegende Gründe für die Hereinnahme der Landar-

beiter sprechen. Sie selbst betonen häufig, dass die Agrarkrise eine Angelegenheit sei, die die Landarbeiter ebenso stark interessieren müsse wie sie. Aber dass auf der anderen Seite die Landarbeiter als Träger der landwirtschaftlichen Produktion mit bei der Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in der Landwirtschaft herangezogen werden müssen, wird aufs schärfste abgelehnt. Statt dessen befürworten die Besitzer die Neueinrichtung von paritätisch zusammengesetzten Ausschüssen über Arbeitnehmerfragen, in denen die Landarbeiter gnädigst auch mal angehört werden. Diese Einrichtungen sind aber, wie wir das z.B. in Bayern erleben, nur Scheingebilde, die nicht das geringste Mitbestimmungsrecht in landwirtschaftlichen Fragen haben, sondern nur als dekoratives Aushängeschild dienen, um sich dann damit zu brüsten, dass die "Landwirtschaftskammern auf die Arbeitnehmerinteressen weitgehend Rücksicht nehmen".

Auch der jetzt veröffentlichte Entwurf der deutschen Bauernschaft zum Kammergesetz kann uns nicht restlos befriedigen, da man darin vorsieht, dass alle mitarbeitenden Familienangehörigen der Betriebsinhaber der Arbeitnehmergruppe zugerechnet werden sollen. Dies kann jedoch nur unter ganz gewissen Einschränkungen geschehen, sonst würde im Endeffekt das im Regierungsentwurf vorgesehene Zugeständnis an die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer wieder gänzlich verwassert.

SPD. Die Neugründung des Steinsalzsyndikats stiess vor einigen Wochen auf Schwierigkeiten, weil der Salzdetfurthkonzern (Salzdetfurth, Aschersleben und Westeregeln) eine höhere Quote beanspruchten. Der Konzern war bisher im Besitz einer Quote von 26 % und verlangte, gestützt auf seine Rationalisierungserfolge, eine solche von 40 %. Da sich keine Einigung erzielen liess, wurde eine provisorische Gründung des Steinsalzsyndikats ohne Salzdetfurth vorgenommen. Jetzt sollen die Schwierigkeiten durch Eingreifen des Kalisyndikats aus dem Wege geräumt sein. Wie es heisst, haben die übrigen Gruppen Salzdetfurth weitgehende Zugeständnisse gemacht, so dass der Eintritt Salzdetfurths in das neue Steinsalzsyndikat gesichert ist. Mit den württembergischen Produzenten (Staatsbetriebe und Salzwerk Heilbronn) sind besondere Abschlüsse getroffen worden, so dass sie tatsächlich auch zum neuen Konzern gehören.

SPD. Zwischen den Polen und Engländern ist ein Abkommen über den Export von Kohle nach den nordischen Ländern abgeschlossen worden. In der Hauptsache sieht das Abkommen eine Bestimmung vor, wonach sich die beiden Länder im Preis nicht unterbieten sollen. Eine eigentliche Preis- und Marktregelung ist dagegen nicht vorgesehen.

Die Wichtigkeit des Abkommens liegt darin, dass die englische Kohlenindustrie jetzt zum ersten Mal in ihrer Gesamtheit an einem internationalen Abkommen beteiligt ist. Die bisherigen Versuche, auf dem internationalen Kohlenmarkt zu einer Regelung zu kommen, scheiterten bekanntlich daran, dass die englische Kohlenindustrie keine einheitliche Organisation hatte, die zum Abschluss internationaler Verträge genügend qualifiziert war.

SPD. Die spanische Regierung hat in den letzten Tagen grosse Interventionskäufe vorgenommen, so dass der Pesetenkurs sich Ende der Woche auf 37,25 beserte gegenüber 39 Mitte der verflossenen Woche.

Wieder schwächer.

(Getreidebörse vom 10. Januar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse war am Freitag die Stimmung wieder erheblich schwächer. Die am Donnerstag zu verzeichnenden Preissteigerungen hatten erhöhtes Angebot an Brotgetreide herausgelockt, demgegenüber die Kaufkraft aber versagte. Da das Mehlgeschäft völlig stagnierte, war die Kaufneigung der Mühlen sehr gering. Im Handel mit effektiver Ware erlitten die Getreidepreise uaher grössere Einbusse, namentlich Roggen, dessen Preis um ca. 4 Mark zurückging, während Weizen nur etwa 2 Mark verlor. Noch schärfer waren die Preisrückgänge am Markte der Zeitgeschäfte. Der Mehlmarkt ist nach vorübergehender Belebung wieder in völlige Stagnation geraten. Die Preise bröckelten bereits ab. Hafer hatte unveränderte Preise, allerdings bei sehr ruhigem Geschäft.

	9. Januar	10. Januar
	(ab märkische Station	in Mark)
Weizen	247 - 249	245 - 248½
Roggen	163 - 166	161 - 163
Braugerste	185 - 201	185 - 201
Futter- und Industriergerste	165 - 173	165 - 173
Hafer	140 - 153	140 - 152
loco Mais Berlin	175	173 - 174
Weizenmehl	30,00-35,50	30,00-35,50
Roggenmehl	22,75-26,00	22,50-25,75
Weizenkleie	10,75-11,00	10,50-11,00
Roggenkleie	9,25- 9,75	9,25- 9,75

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 266 ¾ - 266 (Vortag 268 ¼), Mai 277 ¼ - 276½ (278½). Roggen März 185-182½ (189½), Mai 196-193½ (200½), Hafer März 160 - 159½ (161), Mai 168-167 (168).

Berliner Viehmarkt.

(10. Januar.)

SPD. Bei reichlichem Angebot ergab sich auf dem Rindermarkt glattes Geschäft, allerdings unter, wenn auch unbedeutendem Rückgang der Preise. Nicht ganz so reichlich war das Angebot auf dem Kälbermarkt, wo geringe Kälber die letzten Preise behaupten konnten. Beste Qualitäten notierten höher. Auf dem Schweinemarkt war das Angebot unzureichend. Bei glattem Handel zogen die Preise in allen Klassen an.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 44-49 (voriger Markt 45-49), b) 32-41 (33-41), c) 26-29 (26-29), d) 20-25 (20-25), Kälber: a) -, b) 88-95 (85-95), c) 62-85 (60-84), d) 48-60 (48-60), Schweine: a) (über 300 Pfund) 84-86 (82-83), b) (240-300 Pfund) 85-86 (82-84), c) (200-240 Pfund) 84-86 (82-84), d) (160-200 Pfund) 82-84 (80-83), e) (120-160 Pfund) 78-80 (77-79), f) (unter 120 Pfund) -, g) (Saunen) 74-76 (72-73).

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S + P + D

Berlin, den 10. Januar 1930.

Die heilige Ernte.^x

Von Henry de Forge.

SPD. Vater Martin ist ein alter Bauer mit ganz vertrocknetem Gesicht. Er geht gebückt, weil er Zeit seines Lebens auf der Erde kniete, um sie zu bearbeiten, so gut es ging. Vater Martins einziger Sohn ist im Kriege gefallen; manches Jahr schon ist das her, und viel Kummer hat der Alte durchgemacht, weil der Sohn vier unmündige Kinder hinterliess.

Ich erinnere mich noch genau daran, als ich nach dem Kriege Vater Martin das erste Mal sah. Er quälte sich mit dem Pflügen eines Stückchens Acker ab, und als ich mich darüber wunderte, dass das Feld so klein war, sagte er mit ernster Stimme: "Das gibt einmal eine gute Ernte. Das Korn, das hier wächst, ist kein Korn, wie das andere."

"Eine besondere Sorte wohl?... Aussergewöhnlich ertragreiche Aehren gewiss?" fragte ich. Da sagte der Bauer kurz: "Ein heiliges Korn!" Ohne noch ein Wort zu verlieren - denn er liebte es nicht, über diese Dinge zu sprechen -, machte er sich wieder an die Arbeit.

Ich wollte wissen, was die Worte des Mannes zu bedeuten hatten, und man erzählte mir im Dorfe: Der Sohn des alten Martin, ein tüchtiger junger Bursche, den alle von Kind auf gern hatten, fiel in einer der ersten Schlachten im Kriege in der Nähe von Champenoux, wo vor Nancy der deutsche Vorstoss aufgehalten wurde. Man beerdigte ihn unweit eines Dorfes, das die Franzosen zurückerobert hatten, und in das einige Zivilpersonen mutig zurückkehrten, um sich trotz des Granatenhagels dort einzurichten. Weil jedoch der Ort innerhalb der Feuerlinie lag, bekamen Besucher, und wenn es auch die Väter gefallener Soldaten waren, niemals die Erlaubnis, dorthin zu kommen. Da nun an dieser Stelle die Front sich im Verlauf der Feindseligkeiten nicht verschob, konnte Vater Martin während des ganzen Krieges die ersehnte Reise nach diesem Stückchen lothringischen Bodens, in dem sein Sohn ruhte, nicht antreten. Der Alte erfuhr ein bisschen über die Gegend durch ein Bauernmädchen des benachbarten Dorfes, eine gute Seele, die ihm mitteilte, dass sie das Grab gefunden hätte. So gut es ging, gab sie die Stelle an. Es war dort, wo einst ein Kornfeld gelegen hatte.... Sie war ein einfaches Mädchen und verstand nicht viel zu schreiben. Was hätte sie auch von diesem Grabe erzählen sollen, auf dem nicht eine einzige Blume blühte?

Eines Tages nun im darauf folgenden Jahre - es war im August - erhielt Vater Martin ein unscheinbares kleines Päckchen. Es enthielt eine Handvoll Korn, eine ganz kleine Handvoll Korn. Ein Brief von dem jungen Mädchen folgte, in dem sie mitteilte, dass sie, anstatt Blumen zu pflanzen, den Platz, auf dem der Soldat ruhe, mit Korn besät habe. Nun habe sie davon geerntet, und sie schicke es ihm, damit der Vater es wieder aussäen könne.

Das war der Gedanke des Bauernmädchens; der Gedanke einer Frau..... ein rührend kindlicher Gedanke.....

Vater Martin, der sein Lebtag noch nicht geweint hatte, auch nicht, als er den Tod seines Sohnes erfuhr, brach in Tränen aus beim Anblick dieser kleinen Handvoll Korn. Er sagte niemanden ein Wort und versteckte das Päckchen in seiner Truhe, dort, wo die Briefe seines lieben Jungen lagen. Aber als der Frühling kam, wählte er sorgfältig in der Nähe des Hauses ein Eckchen Land und säte dort das Korn, das von seinem Sohne kam, das Korn, das seine Kraft aus ihm

gesogen hatte.

Aus der Handvoll Korn sprossen einige Aehren. Sie ergaben eine winzige Ernte, die aber mit heiliger Gewissenhaftigkeit eingebracht wurde und auf Aussaat im nächsten Jahre harrete.

Nur grosse Schmerzen, grosse Liebe entfachten solche Geduld wie diese.

Es dauerte lange, bis Vater Martin genug Korn besass, um das ganze Stückerhen Land zu besäen. Ein Kornfeld aber wurde es doch. An diesem Tage rief er seine Schwiegertochter und seine Enkelkinder zusammen, um ihnen zu erklären, was geschehen war. Er teilte ihnen auch seinen unabänderlichen Willen mit, dass das Korn, das auf dieser Stelle wuchs, nicht angerührt werden dürfe. Es solle eingeerntet und auf einem grösseren Felde wieder ausgesät werden und jedes Jahr so fort. Vater Martin wollte, dass alles, was er an Land besass, mit dem Korn, das von seinem Sohn kam, bebaut würde, auf dass überall ein wenig von ihm sei. Der Alte liess sogar seine Enkelkinder die Hand zum feierlichen Schwur erheben, diesen Plan zu verwirklichen und das Kornfeld später unter sich ungeteilt und mit der ganzen Ernte zu behalten, als Zeichen der Einigkeit, der Achtung und der Liebe zu ihrem gefallenen Vater. Und jedes Jahr wurde das Kornfeld des Vaters Martin breiter, weil die Ernte immer grösser und schöner wurde.....

Das ist die Geschichte des Ackers des Vaters Martin. Im Dorfe kannte und achtete man sie. Selbst der Bäcker, der ebenfalls im Kriege seinen Sohn verlor, hat gesagt, dass er, wenn erst die Ernte gross genug geworden sei, sie im Voraus bestellte, um nur noch von diesem Korn Brot zu backen.

Und darum geschieht es, dass, wenn die Aehren reifen und die Bauernburschen an dem kleinen Kornfeld vorüber kommen, sie ihre Mütze abnehmen. Sie grüssen, und doch ist niemand in der Nähe.

(Aus dem Französischen übertragen von
Bodo M. Vogel)

Unterhöhlte Städte.^x

SPD. An einem klaren, sonnigen Herbsttage reiste ich von Hannover nach Duisburg. Der Zug näherte sich Dortmund. Ein gesprächiges Mütterchen aus Ostpreussen, das zum ersten Male ihren in einer Bergarbeitersiedlung bei Gelsenkirchen wohnenden Sohn besuchen wollte, zeigte beim ersten Berühren des rheinisch-westfälischen Industriegebiets lebhaftes Interesse für alles Neue und ihr Unbekannte, für die vielen Schlote und Schlacken Hügel, für die grossen Fabrikanlagen und für die Hüttenwerke mit den zum Himmel lodernden Feuergarben, für die sich ständig drehenden grossen Räder auf den ragenden Balken- und Eisengestellen, die Fördertürme der Kohlenschächte. Dann wandte sich das Mütterchen mit der bangen Frage an mich: "Scheint hier die Sonne immer so merkwürdig und so ganz anders wie bei uns?" - "Ja, Mutter, Sie sind jetzt im Kohlenpott, und hier scheint die Sonne immer so", warf ein Mitreisender ein. Rauch und Russ und Staub blenden das Sonnenlicht ab, jahraus, jahrein, Wochentags und Sonntags. Immer ist die Atmosphäre wie durch einen dünnen Nebelschleier verdüstert, den selbst die stärksten Sonnenstrahlen nicht zu vertreiben vermögen.

Doch Hütten und Zechen, Schlote und Fördertürme, Dunst und Rauchschleier sind nicht die einzigen Eigentümlichkeiten des Ruhrgebietes, die dem Fremden beim ersten Besuch auffallen. Wahrscheinlich wird die Mutter aus Ostpreussen auch bald nach ihrer Ankunft ihren Sohn gefragt haben: "Warum werden denn hier die Häuser so schlecht gebaut, dass sie Risse und Sprünge aufweisen?" Und der Sohn wird ihr geantwortet haben: "Unser Haus hat Risse, weil der Boden, auf dem es steht, unterhöhlt und deshalb eingesunken ist. Aber nicht nur unser Haus ist unterhögl, sondern die Häuser der ganzen Strasse und der ganzen Siedlung. Und fast jedes Haus weist aussen oder innen solche Risse auf."

In der Tat sind im Ruhrgebiet ganze Strassenzüge und selbst ganze Städte unterhöhlt. An der Ruhr, an der Lippe und an der Emscher wird auf einem Gebiet von etwa 3 000 Quadratkilometern Steinkohle abgebaut. Von Nord nach Süd, von Ost nach West ziehen Flöze. Unter Häusern und unter Strassen, unter Eisenbahnen und unter Brücken, unter Kirchen und unter modernen Hochbauten, unter Flüssen und unter Kanälen, kreuz und quer. In einer Tiefe von 150 Metern und in einer von 700 Metern hämmert und schaufelt der Bergmann und bohrt die Maschine. Zehntausende Tonnen Kohlen werden täglich nach oben befördert. Ueberall entstehen Hohlräume. Und diese Hohlräume sind ein Verhängnis. Gewiss sollen sie mit Bergeversatz ausgefüllt werden, aber es war nicht immer so und wird auch heute nicht immer so gehandhabt. Früher wurde die Zimmerung nach dem Abbau der Flöze entfernt, oder man belies die Zimmerung, die im Laufe der Jahre verfault und in sich zusammenbricht. Dadurch wird dem abgebauten Flöz die Stütze entzogen. Die über dem abgebauten Flöz lagernde Bodenschicht drückt nach, senkt sich oder bricht ein. Die nächsthöheren Schichten folgen, und so kommt es an der Erdoberfläche zu Bodensenkungen, Trichtern, Rissen und Spalten.

Bald langsam, bald schnell vollziehen sich diese Senkungen, aber, sie sind fast unausbleiblich. Innerhalb eines Jahres zuweilen um 20 bis 30 Zentimeter. In Wiemelhausen bei Bochum stellte der Landmesser Overhoff Verschiebungen der Erdoberfläche von 3,75 m bis 6,63 m innerhalb eines Zeitraumes von 20 Jahren fest. Die Viehofer Strasse im Herzen der Stadt Essen hat sich innerhalb von 11 Jahren um 2,58 m gesenkt. Die gleiche Beobachtung wurde an andern Hauptverkehrsadern gemacht. Und diese Senkungen sind noch nicht abgeschlossen. Selbst wenn die jetzt im Abbau begriffenen Flöze mit Bergeversatz aufgefüllt werden, so bleiben die früher abgebauten, aber nicht aufgefüllten Flöze als ständige Gefahr bestehen. Deshalb macht man auch in Essen die Wahrnehmung, dass selbst dort wo nach Erklärungen der Bergwerksbesitzer Kohle nicht mehr abgebaut wird, immer noch Senkungen erfolgen. Das Oberbergamt in Dortmund rechnet damit, dass an verschiedenen Stellen noch Senkungen bis zu 9 m in den nächsten Jahrzehnten zu erwarten sind.

Was aus diesen Bodensenkungen folgt, ist bereits angedeutet. Wer durch die Städte und Siedlungen des Ruhrgebiets wandert, stösst immer wieder auf Häuser, die handbreite Längs- und Querrisse aufweisen. Und zwar nicht nur leicht gebaute Wohnhäuser, sondern auch Fabriken und öffentliche Gebäude. Oefters findet man Häuser, deren Mauern schief sind, mitunter auch leerstehender Häuser, die geräumt werden mussten, weil infolge der Bodensenkung Einsturzgefahr droht. Auch in den Wohnungen werden die Folgen fühlbar. Der Verputz springt ab, die Türen schliessen nicht mehr usw.

Um solchen Schäden vorzubeugen, ging man dazu über, in den durch Bodensenkungen bedrohten Strichen die Fundamente selbst der Wohnhäuser aus Eisenbeton herzustellen und das unterste Stockwerk besonders solide zu bauen. Aber das ist nur eine Vorbeugungsmassnahme. Dass Risse im Mauerwerk und noch ernstere Schäden dadurch nicht verhindert werden können, erhellt schon daraus, dass häufig plötzliche Bodensenkungen erfolgen, durch die Gebäude auf das Grundstück des Nachbarn gerückt und Grenzsteine verschoben werden. Entsteht plötzlich ein Trichter, wie es in Essen in der Märkischen Strasse der Fall war, so wird auch ein Fundament aus Eisenbeton schwere Beschädigungen nicht abwenden. Und wenn auf dem Acker bei Frillendorf, wo das Gepann eines pflügenden Landmannes plötzlich versank, ein Haus gestanden hätte, so hätte auch das beste Fundament nicht genützt.

Damit sind die Nachteile noch keineswegs erschöpft, die auf Bodensenkungen zurückzuführen sind. Nirgendwo wird der Fahrgast so oft durch heftige Stösse aufgeschreckt wie bei Fahrten auf den Strassenbahnlinien im Kohlenpott. Nirgendwo in Deutschland bedürfen die Eisenbahndämme, Schienenstränge und Bahngebäude solch ständiger Wartung und Ueberwachung wie im Ruhrgebiet. Kleinere Dammsenkungen und Dammsenkungen sind ebenso häufig wie Schienenzerrungen. Bald werden die Schienen zur Seite gedrückt, bald senken sie sich oder heben sich oder bre-

chen gar. Ueber diese Art Schäden aus dem Bergbau besitzt die Reichsbahn über= reiches Material. Ebenso sind auch die Wasser= und Gasleitungsrohre durch die Bergschäden gefährdet. Rohrbrüche sind eine häufige Erscheinung, und es ist noch eine Streitfrage, ob die schwere Gasexplosion in Essen im November 1929 nicht auf einen durch Bodensenkung verursachten Rohrbruch zurückzuführen ist.

Auf die Wasserverhältnisse wirken die Bodensenkungen ebenfalls ein. Es bilden sich Wassertümpel und selbst kleine Seen von 30 und mehr Morgen Umfang. Diese stagnierenden Gewässer verpesten die Luft, sind Brutstätten der Mücken und eine Gefahr für die Gesundheit. Die Grundwasserverhältnisse verändern sich. Bäche und Brunnen versiegen, sodass die Bevölkerung sich plötzlich einer Wasserkalamität gegenüber sieht. Gefährdet sind ferner die Schifffahrtsstrassen, die Flussläufe usw.

Die Frage entsteht nur, wer für die Schäden aufkommt. Das Berggesetz be= stimmt, dass im allgemeinen die Bergwerksbesitzer dafür aufzukommen haben und der Abbau einzuschränken ist oder zu unterbleiben hat, wenn er zur Störung der öffentlichen Sicherheit und der guten Ordnung des Gemeinwesens führen würde. In der Praxis sieht die Sache gewöhnlich anders aus. Wohl werden private Eigentü= mer für Beschädigungen ihrer Häuser ganz oder teilweise entschädigt, wenn Berg= schäden nachgewiesen sind, aber die Entschädigungspflicht ruht, wenn dem Grund= eigentümer der beschädigten Anlagen und Gebäude die drohenden Gefahren bei ge= wöhnlicher Aufmerksamkeit nicht unbekannt bleiben konnten. In diesen Fällen wird höchstens eine Wertminderung anerkannt. Dass die Kommunen bei der Verfech= tung ihrer aus Bergschäden resultierenden Ansprüche ungünstiger fahren -- viel= fach erheben sie aus erklärlichen Gründen solche Ansprüche von vornherein nicht --, lehren zahlreiche Beispiele. Nicht anders liegt es bei Bergschäden, die dem Staat erwachsen. Wir und die künftige Generation müssen also büssen für die schweren Versäumnisse, die auf das Konto ungehemmter Privatwirtschaft bei der Ausbeutung der Kohlenschätze infolge fehlenden oder mangelhaften Bergever= satzes fallen.

C.M.

Sportfimmel.

Toronto Toronto Toronto Canada,
Schießt und haut für Blau und weiss
Canada zu Ehren,
Knotig, knutig, knotig, brutal,
Toronto Toronto Toronto Canada!

SPD. Das ist nicht etwa die Nationalhymne einer Raubmörder-G.m.b.H., auch nicht ein Satzungsparagraph für Sadistenklubs; es stammt auch nicht etwa aus dem Tagebuch eines Irrenhausinsassen -- es ist, ganz schlicht, der Schlacht= ruf einer amerikanischen Hockeymannschaft. Da kommen sie über'n Grossen Teich, die kostbare Körpermaschine wohl gepflegt, rosig und selbstbewusst, in gute Stoffe gekleidet, mit der Sicherheit der immer wieder Weitgereisten, vor dem verkümmerten inneren Augen eine unübersehbare Serie von Torschüssen. Sie sind flink zuwege auf dem festen Boden dieser geduldigen Erde. Keine überflüssige Gehirnmasse belastet die Akrobatik ihrer Muskelgestänge. Sie tragen den Ruf ih= res Landes in die fernsten Reiche, und dieser Ruf eines grossen, zukunftssträch= tigen, schönen Landes wird der Menschheit eingehämmert nach der Melodie:

"Schießt und haut -----
Knotig, knutig, knotig, brutal....."

Ist das vielleicht ein Rückschlag in alte, scheinbar überwunden gewesene Entwicklungsperioden? Spukt in diesen Köpfen -- sofern sie überhaupt zum Den= ken benutzt werden -- die Erinnerung an die unterhaltsamen Marterpfahlsports

der indischen Vorfahren? Bestimmt nicht! Die Voraussetzungen sind grundverschieden. Wenn's bei den Indianern auf Schiessen und Hauen und Brutalität ging dann ging es auch zugleich um die elementarsten Lebensbedingungen, um den Besitz der Jagdgründe, um Hungerstillung, um die ganze Existenz des Stammes. Aber bei den gut trainierten Jünglingen unsrer Zeit sind Schiessen und Hauen und Knotigkeit und Knutigkeit Selbstzweck geworden, und dass man gerade Hockey treibt in diesem Falle, liegt an dem verdammten Strafgesetz, das leider nicht mehr jedem gestattet, dem andern skalprierenderweise das Fell über die Ohren zu ziehen -- das ist das heilige Vorrecht der Unternehmer geworden.

Also da geht es nun los auf dem freien Plan. Beine wirbeln, und Schläger sausen, Beulen blühen auf wie die Veilchen im März, nur noch etwas blauer, und Zehntausende glotzen zu und brüllen vor Begeisterung und reagieren sich dabei ihre eigenen Schiesst!- und Haut!-Verdrängungen ab. Die Berichterstatter schreiben sich schweisstriefend Schwielen an die Pfoten. Hunderttausende verschlingen den heiligen Text und diskutieren tagelang bis zur Weissglut. Preise winken in lockendem Glanz, wenn auch nicht alles Silber ist, was aus Alpakka besteht. Und in der Wertschätzung der Preise fühlen wir uns mit den Schiesst!- und Haut!-Männern solidarisch. Auch wir gehen nicht gleichgültig an Preisen vorüber, nur sind leider die Preise, die der Arbeiter nach Hause bringt, stets dem Arbeitseinkommen um ein paar Kilometer voraus, z.B. die Lebensmittelpreise oder die Preise für Kleidung und Wohnung und andere Kleinigkeiten. Auch Zahlen können sehr interessant sein; es brauchen ja nicht gerade die Zahlen der Bälle zu sein, die ins Tor fliegen. Für uns ist wichtiger die Zahl derer, die aus dem Tor fliegen; aus dem Tor ihrer Arbeitsstelle, sagen wir mal.....

Die grossen weltstädtischen Zeitungen sind natürlich anderer Meinung. Wenn die Ziffer der Arbeitslosen in einem Monat um zwanzig Prozent steigt, so bringen sie das in drei Zeilen unter den Kurznachrichten. Aber der Bericht über einen internationalen Hockeyrummel der "guten Gesellschaft" umfasst drei Viertel einer Seite mit mehreren zweiseitigen Bildern.

Wir wollen jedoch gerecht sein: wen interessiert schon die Zahl der Arbeitslosen? Höchstens den, der stempelt, oder noch mehr den, der ausgesteuert ist. Und welche Zeitung kann es verantworten, den bessersituierten Lesern zum ersten Frühstück eine Statistik zu servieren, die den Appetit auf Schinken und Setzei zu schädigen hinreichend verdächtig ist? Das Leben ist schwer, und höchste Pflicht eines gutgeleiteten Blattes ist es, dem Abonnenten Sonne ins Haus zu bringen. Denken wir doch nur nicht immer an den Kampf um das bisschen Sattwerden! Beschäftigen wir uns lieber mit höheren Dingen! Lesen wir den "Ballkälender des Monats Januar", den Bericht über den letzten Tee beim Botschafter von Popocatepetl nebst Aufzählung aller prominenten Gäste einschliesslich Titel und Toiletten! Freuen wir uns, dass Kolumbus Amerika entdeckt hat, wenn es auch nicht stimmt! Amerika ist unsre Zukunft für und für. Dort herrscht eine gesunde Leberauffassung; dort gilt die robuste Devise:

"Schiessst und haut --

Knotig, knutig, knotig, brutal....."

Was meinen Sie wohl, was für ein Gemecker sich erhöhe, wenn die Arbeiterschaft sich einmal diesen Wahlspruch zu eigen machte.....?

Curt Biging.

SPD. Durch die Blume.^x "Herr Ober, bringen Sie mir einen Kamm und eine Bürste!"

"Zum Kämmen ist in der Toilette Gelegenheit, mein Herr."

"Na schön, dann bringen Sie mal diese Suppe hin und kämmen Sie die Haare, die darin herumschwimmen! Sie sind etwas in Unordnung geraten".

Die Rache der Mumie.^x

SPD. Das frühe Ende des Sohnes von Lord Westury, der vor kurzem auf einer Reise nach Lukxor ganz plötzlich starb, hat seine Begleiter aufs tiefste bestürzt. Sie sehen in ihm das neunte Opfer des Pharaos Tut=Ench=Amun.

Lord Carnavon, der das Grab Tut=Ench=Amuns entdeckte, war das erste Opfer; er starb an einem Mückenstich. Kurze Zeit darauf verschied sein Assistent Car=ter an einer geheimnisvollen Krankheit, als er die Ausgrabungen von Lukxor fortsetzen wollte. Das nächste Opfer war der Forscher Raleigh, der wenige Tage nach seiner Rückkehr aus Aegypten von einer unbekanntenen Krankheit befallen wurde und ihr erlag. Nicht viel später töteten sich zwei Photographen im Strei während einer Autofahrt von Kairo nach Lukxor, wo sie Aufnahmen der Mumie und des Grabes hatten machen wollen. Im Laufe der letzten zwei Jahre verschieden drei weitere Personen unter merkwürdigen Umständen nach einem Besuche des Grabes.

Sicherlich hängt der Tod einiger der "Opfer Tut=Ench=Amuns" nicht einmal äusserlich mit dem Besuche des Grabes zusammen. Trotzdem ist die Wirkung der Todesfälle auf die abergläubische eingeborene Bevölkerung ausserordentlich gross.

SPD. Ein neuer Komet.^x Am Freitag, dem 20. Dezember vorigen Jahres, ist von dem Amateurastronomen Wilk in Krakau ein neuer Komet entdeckt worden. Dieser stand bei seiner Entdeckung im Sternbilde der Leier über dem hellen Hauptstern Wega. Durch grössere Fernrohre war deutlich eine kleine Schweifbildung erkennbar. Er hat in seiner Helligkeit verschiedentlich von der 6. bis 9. Grössenklasse geschwankt. Im allgemeinen war er aber schon in der Nähe Berlins mit kleinen astronomischen Fernrohren von etwa 30= bis 40=facher Vergrösserung als schwacher, verwaschener Nebelfleck zu sehen. Seit seiner Entdeckung ist er ein gewaltiges Stück am Himmel weitergewandert und steht jetzt im Sternbilde des "Füllen", kann also eine gute Stunde lang nach Sonnenuntergang mit kleineren Fernrohren hoch am westlichen Horizont beobachtet werden. Die vorläufigen Berechnungen ergaben, dass der Komet gegenwärtig ungefähr 130 Millionen Kilometer von der Erde entfernt ist, dass er sich aber der Erde noch immer nähert und seine grösste Erdnähe am 22. Januar erreicht haben wird. Er wird dann "nur" noch 100 Millionen Kilometer von der Erde entfernt sein. Es ist nicht unmöglich, dass er bis dahin wieder an Helligkeit zunimmt und auch dem unbewaffneten Auge als verwaschener Fleck erkennbar wird.

SPD. Das älteste Museum der Welt.^x Dass die ostasiatische Kultur eine der ältesten der Menschheit ist, dürfte allgemein bekannt sein. Bereits im Jahre 756 (nach unserer Zeitrechnung) wurde auch schon in Nara (Japan) das erste Museum der Welt gegründet. Dieses Museum besteht noch heute und enthält über 8 000 Gegenstände, darunter geradezu unermesslich wertvolle Prachstücke der altasiatischen Kunst: Holz- und Lackarbeiten, wundervolle Möbel, Emaillesachen, kunstvolle Armaturen und auf eine heute unbekanntene Weise gewebte und bemalte Stoffe. Ein Teil der Kunstschatze stammt aus China, der grösste Teil aber aus Korea. Es ist interessant, festzustellen, dass sich dort schon damals vielfach fremdländische Einflüsse bemerkbar gemacht haben. Man findet mannigfache persischen und griechischen Anklänge, die sich häufig wiederholen. Elefanten- und Kamelelmotive beweisen auch südasiatische Beeinflussung. Das einzigartige Museum ist nur im Frühjahr geöffnet und bildet einen besonderen Anziehungspunkt für europäische Künstler und Wissenschaftler.

Der Tod in der Wüste.

Von Ph. Macdonald.
Deutsche Rechte: Th. Knaur Nachfg.

4)

SPD. "Stinkender Materialist!" Brown schüttelte seine breiten Schultern. "Aber ich glaube, recht hast du". Er deutete in die Marschrichtung. "Du kannst diese Eingeweide immerhin bald mit Wasser füllen!"

"Stimmt". Morelli nickte, denn vor ihnen am Ende einer bis zu drei Vierteln ihrer Länge fast unmerklich ansteigenden Höhe stand die Palmengruppe. In ihrer Schwärze sah sie gegen den schimmernden Sand wie eine Theaterdekoration aus, und zwar, dachte Brown, wie eine recht schlechte. Niemals würde ein solches Bild einem geglaubt werden....

"Ich denke daran", sagte MacKay, "dass es so etwas wie eine göttliche Vor-sehung gibt."

"Mhm", war Cooks feierliche Entgegnung.

"Wie weit, was meinst du, sind sie noch weg? All das Kropfzeug hier denkt, wir kommen gleich hin; aber sie irren sich, wie immer. Es sind immer noch drei bis vier Meilen."

"Mhm", antwortete Cook.

Der alte Soldat hatte recht. In jeder Minute glaubte man die Bäume erreichen zu können, und sehnte das kühle Wasser herbei; in der nächsten Minute schien die Entfernung unvermindert die gleiche zu sein.

Aber endlich kamen sie doch an. Der Sergeant liess in etwa einer halben Meile Distanz von der Baumgruppe halten und schickte den Unteroffizier mit Hale und MacKay zur Rekognoszierung vor.

Nach einer Viertelstunde kamen sie zurück.

Bell lächelte. "Glänzend. Masse Bäume, eine Quelle...prachtvoll. Viel Datteln und - merkwürdigerweise - eine leere Lehmhütte."

Der Sergeant hob die Augenbrauen. "Eine Hütte? Irgendwelche Spuren, dass sie bewohnt war?"

"Nicht die geringsten."

"Wie alt ist sie denn?"

Bell kratzte sich am Kinn. "Ja-a, schwer zu sagen. Immerhin ein paar Jahre sollt' ich meinen. Da und dort bröckelt sie schon ab."

"Hm", sagte der Sergeant und kommandierte mit lauterer Stimme: "Aufgesessen!" So ritten sie an und kamen zu einem paradiesischen Fleckchen. Bäume waren da, richtige Bäume, die auf den Boden unter ihnen ein feines Netzwerk aus Schwarz und Weiss ausbreiteten, kühler Schatten und kühleres Mondlicht. Hier, in der Mitte einer von Palmen schildwachgleich umstandenen Lichtung, sprudelte aus einer Quelle Wasser, Wasser ohne Ende, im Ueberfluss, immer mehr Wasser. Hier herrschte in der Nacht eine friedliche Ruhe, die tröstlichen Schutz für den Tag versprach; hier war Ueberfluss mitten in der Dürre.

"Ab-gesessen!" befahl der Sergeant. "Pferde von der Quelle weg!"

Die Leute hatten Mühe, dem zweiten Befehl zu gehorchen; denn die Gäule waren unruhig, da sie das Wasser rochen.

Pearsons nervöse Stute trat mit schwerem Huf auf den Fuss ihres Reiters, der aufbrüllte, den Zügel verlor und sich schwer in den Sand setzte. Die Stute wollte sofort zur Quelle springen, prallte auf Abelson, der mit seinem mageren Grauschimmel und dem Charger genug zu tun hatte, und rannte Morelli über den Haufen, der aber sein Pferd nicht losliess. Endlich kam sie von den übrigen los.

Der Sergeant sprang vor sie, bekam die hängenden Zügel nah am Gebiss zu fassen und klopfte ihr beruhigend den Hals, während Pearson von Bell auf die Beine gebracht wurde. "Scheren Sie sich hin zu Ihrem Viech", sagte der Unteroffizier, "und halten Sie es gefälligst fest. In drei Deibels Namen, wachen Sie auf, Kerl!"

Schliesslich wurde Ordnung. Alle hatten die Fouragierleinen abgenommen, die an Pflöcken festgemacht wurden. Die abgesattelten und abgezäumten Pferde standen, mit den Kopfriemen angebunden und gefesselt davor, während sie von den Männern unter Flüchen trockengerieben wurden. MacKay und Cook füllten auf den Befehl des Sergeanten Leinwandimer in der Quelle und liessen jedes Pferd anderthalb Eimer saufen. Der Patrouillenführer war unsichtbar.

Er war in der Hütte, die im Dunkel zwischen den Bäumen versteckt auf der den Pferden abgewendeten Seite der Lichtung lag; sie war etwa vier Meter lang und drei Meter breit. Ihr Dach war wie ihre Wände aus sonnengetrocknetem Schmutz und ruhte auf einem von Stöcken getragenen Strohgeflecht. Ausser einem Loch im Dach und je einem in jeder Wand war die Hütte intakt; bei näherer Untersuchung stellten sich indessen die Wandlöcher als primitive Fenster heraus. Der Sergeant rieb sich einen Augenblick nachdenklich das Kinn; dann drehte er sich um, und ging quer über die Lichtung zu den Mannschaften und Pferden.

"Alles getränkt, Herr Sergeant", meldete Bell, "und alles trockengerieben. Soll gefüttert werden?"

Der Sergeant nickte. "Ja, ein Drittel des Reservefutterbeutels - jetzt gleich. Nachher können die Leute abtreten."

"Zu Befehl". Bell wollte gehen.

"Und - Bell!" rief der Sergeant.

"Jawohl?"

"Sagen Sie ihnen, dass sie in dem Palast da schlafen können". Er deutete mit dem Kopfe zur Hütte. "Alle ausser dem Posten". Dann klappte er den Deckel seiner Armbanduhr auf und sah nach der Zeit. "Beinahe zehn. Wecken um fünf; das sind sieben Stunden - beinahe sieben und eine halbe. Drei Mann auf Wache; Ablösung alle zweieinhalb Stunden."

"Wer?" fragte Bell.

"Möchte keinen bestimmen", antwortete der Sergeant. "Lassen Sie die Leute antreten und abzählen; Nummer zwei, fünf und acht wird genommen."

"Befehl". Bell wandte sich um, und als der Sergeant gleichfalls kehrte machte, hörte er das Kommando:

"Alles liegen lassen! Angetreten!"

Nummer zwei, fünf und acht waren Abselson, Cook und Pearson.

"Weggetreten!"

Die Leute liefen alle zur Quelle, wo sie der Sergeant erwartete.

"Ruhig", sagte er, "immer ruhig! Haltung!"

Einige bewahrten sie, andere nicht. Keiner von ihnen war übrigens vor Wassermangel wirklich toll, so dass selbst die Gierigsten nicht zu kurz kamen.

Dann lagen sie gesättigt herum, rauchten und assen soviel Datteln, wie sie von den hohen Zweigen mit Stricken herunterholen konnten, an denen als Gewichte Kochgeschirre oder Steigbügel hingen. Keiner der Leute rührte das Hartbrot an oder öffnete eine Konservenbüchse.

Der Sergeant sass, den Rücken gegen eine Palme gelehnt, allein. Als er seine kurze Pfeife zu Ende geraucht und die Asche am Stiefelhacken ausgeklopft hatte, stand er auf.

"Genug jetzt. Alles zur Ruhe in die Hütte! Bell!" Der Unteroffizier kam.

"Sind die Posten bestimmt?"

"Jawohl - Reihenfolge Abelson, Cook, Pearson."

"Gut. Gehen Sie jetzt auch schlafen". Der Sergeant wandte sich zu den Pferden. Abelson als erste Wache war schon bei ihnen. Auf der anderen Seite der Lichtung trieb Bell wie ein Schäferhund seine Herde in die Hürde. Ueber dem Arm trug jeder die beiden Wollachs, welche gefaltet unter allen Kavalleriesätteln liegen, und unter dem Arm den Säbel.

(Fortsetzung folgt.)